

# Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

mit dem Geschäftsbericht 2014 legt die Deutsche Rentenversicherung Berlin-Brandenburg Rechenschaft über das vergangene Geschäftsjahr ab. Er vermittelt Ihnen einen Überblick über unsere Organisationsstrukturen, gewährt Einsicht in unsere Geschäftszahlen, berichtet über unsere tägliche Arbeit und informiert Sie transparent über die Entwicklung unseres Hauses während des Berichtszeitraumes.

Aus rentenpolitischer Sicht brachte das Jahr 2014 mit dem Inkrafttreten des RV-Leistungsverbesserungsgesetzes für die Versicherten, Rentnerinnen und Rentner zum Teil wesentliche Veränderungen mit sich. Auch unsere Arbeit wurde durch die Neuregelungen stark beeinflusst. Neben dem zusätzlichen Antragsaufkommen bei der abschlagsfreien „Rente ab 63“ und der Umsetzung der „Mütterrente“ stellte nicht zuletzt die kundenorientierte Auskunft und Beratung unserer Versicherten, Rentnerinnen und Rentner eine große Herausforderung für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unseres Hauses dar.

Für die erfolgreiche Bewältigung dieser Herausforderungen und die Erfüllung der Aufgaben danken der Vorstand und die Geschäftsleitung den Mitgliedern der Selbstverwaltung und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Deutschen Rentenversicherung Berlin-Brandenburg.

Frankfurt (Oder), den 22. Mai 2015



Stefan Moschko  
Vorstand – Vorsitzender



Christian Hoßbach  
Vorstand – altern. Vorsitzender



Dr. Stephan Fasshauer  
Geschäftsführer



Sylvia Dünn  
stellv. Geschäftsführerin

# Inhalt

<b>I. Mitgestaltung durch Selbstverwaltung</b>	<b>4</b>
<b>Die Vertreterversammlung</b>	4
<i>Vorsitzende</i>	4
<i>Mitglieder</i>	5
<b>Der Vorstand</b>	6
<i>Vorsitzende</i>	6
<i>Mitglieder</i>	6
<b>Die Geschäftsleitung</b>	7
<b>II. Kommunikation</b>	<b>8</b>
<b>Öffentlichkeitsarbeit</b>	8
<i>Informationsschriften</i>	8
<i>Kundenzeitschrift „zukunft jetzt“</i>	9
<i>Presse, Funk und Fernsehen</i>	9
<b>Versichertenälteste</b>	11
<b>Revision – Qualitätssicherung durch Eigenkontrolle</b>	12
<b>III. Leistungen</b>	<b>13</b>
<b>Auskunft und Beratung</b>	13
<i>Beratung und Antragsaufnahme</i>	13
<i>Neukonzeption des Auskunfts- und Beratungsstellennetzes</i>	13
<i>Projekt „A- und B-Service 2.0“</i>	14
<i>Gemeinsame Servicestellen für Rehabilitation</i>	15
<i>Internationale Beratungstage</i>	15
<i>Kostenloses Servicetelefon</i>	15
<i>Weitere Aktivitäten</i>	15
<i>Firmenservice</i>	15
<b>Versicherung und Beitrag</b>	17
<i>Versicherter Personenkreis</i>	17
<i>Renteninformation und Rentenauskunft</i>	17
<i>Kontenklärung</i>	17
<i>Versorgungsausgleich</i>	17
<i>Beitragseinzug</i>	17
<i>Beitragserstattung</i>	18
<i>Turnusmäßige Betriebsprüfungen</i>	18
<i>Mitwirkung der Deutschen Rentenversicherung</i>	
<i>Berlin-Brandenburg bei der Bekämpfung der Schwarzarbeit</i>	18
<i>Insolvenzfälle</i>	18
<i>Einzugsstellenprüfdienst</i>	18
<i>Künstlersozialabgabe</i>	18
<b>Rente</b>	18
<i>Rentenbestand</i>	18
<i>Gesetz über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen</i>	

<i>Rentenversicherung (RV-Leistungsverbesserungsgesetz)</i>	19
<i>Rentenzahlbeträge</i>	19
<i>Rentanträge – Inland</i>	19
<i>Rentanträge – Ausland</i>	20
<i>Verbindungsstelle für Polen</i>	20
<i>Grundsicherung im Alter, bei Erwerbsminderung und für Arbeitssuchende</i>	20
<i>Krankenversicherung der Rentner</i>	21
<i>Pflegeversicherung der Rentner</i>	21
<b>Rechtsbehelfe</b>	21
<i>Widersprüche</i>	21
<i>Klagen</i>	22
<i>Berufungen/Revisionen</i>	22
<i>Kosten der Sozialgerichtsverfahren</i>	23
<b>Rehabilitation</b>	23
<i>Herausforderung psychische Erkrankungen</i>	23
<i>Leistungen zur medizinischen Rehabilitation</i>	23
<i>Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben</i>	24
<i>Sonstige Leistungen</i>	25
<b>Sozialmedizinischer Dienst</b>	26
<b>Rehabilitationskliniken</b>	26
<i>Qualitätssicherungsprogramm der Rentenversicherung</i>	26

#### IV. Unternehmens- und Personalentwicklung 29

<b>Unternehmensplanung und -entwicklung</b>	29
<i>Unternehmensorganisation</i>	29
<i>Controlling und Berichtswesen</i>	30
<i>Beschäftigtenbefragung</i>	30
<i>Datenschutz und IT-Sicherheit</i>	32
<b>Personal</b>	32
<i>Nachwuchskräfte</i>	34
<i>Qualifizierungsmaßnahmen</i>	35
<i>Entwicklungsmaßnahmen für Führungskräfte</i>	36
<i>Betriebliches Gesundheitsmanagement und Vereinbarkeit von Beruf und Familie</i>	37

#### V. Servicebereiche innerhalb des Hauses 38

<b>Allgemeine Services</b>	38
<i>Zuständigkeit, Aufbau und Aufgaben</i>	38
<i>Aufgabenschwerpunkte im Berichtsjahr</i>	39
<b>Finanzen: Aktuelle Zahlen und Daten</b>	40
<i>Gesetzliche Grundlagen</i>	40
<i>Jahresrechnung</i>	40
<i>Haushaltsrechnung – Erfolgsrechnung</i>	43
<b>Informationstechnologie</b>	46
<b>Justizariat</b>	46
<i>Aufgaben</i>	46
<i>Allgemeine Rechtssachen</i>	46
<i>Regress</i>	47

#### VI. Ausblick 48



## I. Mitgestaltung durch Selbstverwaltung

Der Grundgedanke der Selbstverwaltung ist die Beteiligung der Solidargemeinschaft, die sich aus den Beitragszahlern, Rentnerinnen und Rentnern zusammensetzt, an der Verwaltung des Rentenversicherungsträgers. Alle sechs Jahre wählen die Versicherten und Arbeitgeber aus ihrem Kreis Vertreterinnen und Vertreter, die als Mitglieder in den Selbstverwaltungsorganen ehrenamtlich tätig werden.

Die wichtigsten Organe der Selbstverwaltung sind die Vertreterversammlung und der Vorstand. Mit ihren weitreichenden Befugnissen gestalten sie die Deutsche Rentenversicherung Berlin-Brandenburg aktiv mit. Beide Gremien sind paritätisch – dass heißt mit der jeweils gleichen Anzahl von Vertretern der Versicherten und Arbeitgeber – besetzt. Der Vorsitz in beiden Organen wechselt satzungsgemäß am 1. Oktober eines Jahres zwischen der Versicherten- und der Arbeitgeberseite. Beide Selbstverwaltungsorgane treffen ihre Entscheidungen in Sitzungen. Zum Teil werden die Beschlüsse in Ausschüssen vorbereitet. Im Berichtsjahr tagte die Vertreterversammlung zweimal, der Vorstand kam zu sechs Sitzungen zusammen.

### Die Vertreterversammlung

Die Vertreterversammlung der Deutschen Rentenversicherung Berlin-Brandenburg setzt sich aus insgesamt 30 Mitgliedern – je 15 Vertreterinnen und Vertretern von der Versicherten- und von der Arbeitgeberseite – zusammen.

#### Vorsitzende

Gruppe der Versicherten



Dirk Kuske  
*Vorsitzender*

Gruppe der Arbeitgeber



Elmar Stollenwerk  
*altern. Vorsitzender*

## Mitglieder

### Gruppe der Versicherten

Mitglieder	Stellvertreterinnen/Stellvertreter
von Schuckmann, Hermann	Wendland, Peter
Nürnberger, Ingo	Wagner, Michael
Kustin, Norbert	Balzer, Frank
Kuske, Dirk	Milde, Rita
Haufe, Henry	Sommer, Udo
Timm, Uwe	Günther, Wolfgang
Wolf, Dietwald	von Knoblauch, Karin
Bauer, Hans-Jürgen	Steffen, André
Wagner, Günter	Ehrmann, Gudrun
Baer, Detlef	Sönmez, Ferda
Weiss, Reinhold	Frick, Norbert
Schultz, Bernd	Heidtmann, Jürgen
Schäfer, Ingo	Jeschke, Lutz
Siewert, Frank	Rinnerl, Ulrich
Hoos, Joachim	N.N.

### Gruppe der Arbeitgeber

Mitglieder	Stellvertreterinnen/Stellvertreter
Stollenwerk, Elmar	Kremeier, Dörte
Liebscher, Jana	Partzsch, Charles
Redenz, Andreas	Schramm, Wolfgang
Mai-Hartung, Petra	Alisch, Kathrin
Wunschel, Axel	Jaß, Erich
Kohls, Claus	Bresche, Monika
Geiseler, Günter	Dr. Erdmann, Christian
Pilz, Volkmar	Peschers, Georg
Krombholz, Sigrid	Rollet, Gerald
Dr. Scheuschner, Dieter	Weber, Wolfgang
Eberhardt, Katrin	Bande, Olaf
Rehlinger, Constantin	Kaiser, Rita
Oehme, Ingo	Stuppenhusen, Jörg
Minkley, Christine	Haase, Olaf
Hauer, Günther	Pfeiffer, Claudia

Die Vertreterversammlung wählt sowohl die Vorstandsmitglieder und deren Stellvertreter als auch – auf Vorschlag des Vorstands – den Geschäftsführer und dessen Stellvertreter. Sie stellt unter anderem den Haushaltsplan fest, nimmt die Jahresrechnung ab und entlastet den Vorstand und die Geschäftsleitung. Auch die Beschlussfassung über die Satzung und Satzungsänderungen des Versicherungsträgers sind Aufgaben der Vertreterversammlung.

## Der Vorstand

Der Vorstand der Deutschen Rentenversicherung Berlin-Brandenburg besteht aus insgesamt acht Mitgliedern, je vier Versicherten- und Arbeitgebervertreterinnen bzw. -vertretern. Der Geschäftsführer berät den Vorstand.

### Vorsitzende

Gruppe der Arbeitgeber



Stefan Moschko  
*Vorsitzender*

Gruppe der Versicherten



Christian Hoßbach  
*altern. Vorsitzender*

### Mitglieder

#### Gruppe der Arbeitgeber

##### Mitglieder

Moschko, Stefan  
Schirp, Alexander  
Halter, Christoph  
Rau, Jan-Pieter

##### Stellvertreterinnen/Stellvertreter

Kaatz, Hans-Joachim  
Richter, Hans-Walter  
Michels, Kai-Uwe  
Scholz-Fleischmann, Andreas

#### Gruppe der Versicherten

##### Mitglieder

Hoßbach, Christian  
Enslin, Manuela  
Döring, Rainer  
Laube, Brigitte

##### Stellvertreterinnen/Stellvertreter

Himmel, Olaf  
Kegler, Michael  
Stengert, Michael  
Feldheim, Detlef

Insbesondere im Hinblick auf die ihm obliegenden Personalangelegenheiten war der Vorstand im Berichtsjahr gefordert. So hatte er der Vertreterversammlung den Geschäftsführer und dessen Stellvertreter zur Wahl vorzuschlagen und erforderliche Veränderungen in der Zusammensetzung der Selbstverwaltungsorgane zu beschließen. Darüber hinaus zählen unter anderem die Aufstellung des Haushaltsplans sowie Beschlüsse zu über- oder außerplanmäßigen Ausgaben und zu bestimmten Vermögensanlagen und Investitionen zum Aufgabenbereich des Vorstands.

## Die Geschäftsleitung

Bei der Besetzung der Geschäftsleitung der Deutschen Rentenversicherung Berlin-Brandenburg hat es im Berichtsjahr einige Veränderungen gegeben.

Nachdem Frau Roßbach zum 1. April 2014 in das Direktorium der Deutschen Rentenversicherung Bund wechselte, führte der stellvertretende Geschäftsführer Herr Dr. Stephan Fasshauer die Dienstgeschäfte weiter. Die Vertreterversammlung der Deutschen Rentenversicherung Berlin-Brandenburg wählte ihn in ihrer ersten Jahressitzung am 22. Mai 2014 zum Geschäftsführer.

In ihrer zweiten Sitzung im Berichtsjahr am 17. Dezember 2014 wählte die Vertreterversammlung Frau Sylvia Dünn zur stellvertretenden Geschäftsführerin der Deutschen Rentenversicherung Berlin-Brandenburg.

Die Volljuristin arbeitete zunächst als Syndikusanwältin in der Privatwirtschaft, bevor sie als Referentin und Büroleiterin der Geschäftsführung des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger und später bei der Deutschen Rentenversicherung Bund tätig war. Zuletzt leitete Frau Dünn den Bereich Rente im Grundsatz- und Querschnittsbereich Rechts- und Fachfragen der Deutschen Rentenversicherung Bund.



Dr. Stephan Fasshauer  
*Geschäftsführer*



Sylvia Dünn  
*stellv. Geschäftsführerin*

In ihrer neuen Besetzung führt die Geschäftsleitung die laufenden Verwaltungs- und Dienstgeschäfte und vertritt die Deutsche Rentenversicherung Berlin-Brandenburg sowohl gerichtlich als auch außergerichtlich.



## II. Kommunikation

### Öffentlichkeitsarbeit

#### Informationsschriften

Jeder hat Anspruch auf Auskunft und Beratung über seine Rechte und Pflichten nach dem Sozialgesetzbuch. Zuständig für die Beratung sind die Leistungsträger, denen gegenüber Rechte geltend gemacht werden können oder Pflichten zu erfüllen sind.

Somit gehört es zu den vorrangigen Aufgaben aller Träger der gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland, nicht nur über die gesetzliche Rentenversicherung aufzuklären sondern auch über alle damit im Zusammenhang stehenden Fragen zu informieren und zu beraten.

Ein wichtiges Instrument dabei sind die Informationsbroschüren der Deutschen Rentenversicherung. Der Bereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, die Auskunfts- und Beratungsstellen der Deutschen Rentenversicherung Berlin-Brandenburg, die Versichertenältesten und die Versicherungsämter des Landes Brandenburg haben im Jahr 2014 unter anderem bei einer Vielzahl von Vortragsveranstaltungen, Messen und Informationsständen insgesamt ca. 340.000 Broschüren der „Informationsreihe Rentenversicherung“ kostenlos zur Verfügung gestellt. Ständig steigende Broschürenbestellungen über das Internet sind dabei ein Indiz für das gesteigerte Interesse an der gesetzlichen Rentenversicherung.

Im Berichtszeitraum wurden besonders folgende Broschüren nachgefragt:

„Erwerbsminderungsrente: Das Netz für alle Fälle“

„Die richtige Altersrente für Sie“

„Versicherte und Rentner: Informationen zum Steuerrecht“

„Hinterbliebenenrente: Hilfe in schweren Zeiten“

Im Zusammenhang mit dem zum 1. Juli 2014 eingeführten RV-Leistungsverbesserungsgesetz („Rentenpaket“) gab es ebenfalls eine große Nachfrage nach der Sonderausgabe zur Rentenreform. Allein im zweiten Halbjahr 2014 wurden rund 10.000 Broschüren ausgegeben.



## Kundenzeitschrift „zukunft jetzt“

Die Zeitschrift „zukunft jetzt“ ist die Kundenzeitschrift aller Träger der Deutschen Rentenversicherung. Sie erscheint viermal jährlich und informiert Versicherte, Rentnerinnen und Rentner über Aktuelles aus der gesetzlichen Rentenversicherung, über Altersvorsorge und Rehabilitation sowie über damit zusammenhängende Themen. Schwerpunkte der Zeitschrift bildeten im Berichtszeitraum die Themen Rehabilitation, der demografische Wandel aus dem Blickpunkt der Jugend und Altersvorsorge vor dem Hintergrund niedriger Löhne.

„zukunft jetzt“ wird Betrieben, Arztpraxen, kommunalen Verwaltungen, Kliniken und anderen Institutionen kostenlos zur Verfügung gestellt. Außerdem kann die Aufnahme in einen Lesezirkel oder auch ein Einzelabonnement erfolgen.

Auf den „Vor Ort“-Seiten jeder Ausgabe erhalten Leserinnen und Leser auch Informationen zu aktuellen Themen der Deutschen Rentenversicherung Berlin-Brandenburg. Folgende Inhalte wurden unter anderem auf den Regionalseiten der Ausgaben des Jahres 2014 thematisiert:

- Arbeit unserer Versichertenältesten
- Ausbildung bei der Deutschen Rentenversicherung Berlin-Brandenburg
- Infobox Rehabilitation

Die Auflage der Deutschen Rentenversicherung Berlin-Brandenburg liegt bei ca. 130.000 Exemplaren je Ausgabe. Davon sind 7.700 Einzelabonnements. An Bedeutung gewinnen für unsere Kunden die elektronischen Medien. Deshalb ist die Kundenzeitschrift seit 2014 im Internetauftritt der Deutschen Rentenversicherung auch als E-Paper lesbar.



## Presse, Funk und Fernsehen

Im Berichtszeitraum hat die Deutsche Rentenversicherung Berlin-Brandenburg 28 Pressemitteilungen zu organisatorischen Angelegenheiten, zu Informationsveranstaltungen und zu wichtigen rechtlichen Themen für Rentnerinnen und Rentner, Versicherte, Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber herausgegeben. Die Pressemitteilungen wurden nicht nur im Internetauftritt der Deutschen Rentenversicherung Berlin-Brandenburg veröffentlicht, sondern auch den Redakteurinnen und Redakteuren von Presse, Funk und Fernsehen in Berlin und Brandenburg kostenlos zur Verfügung gestellt.

Erfahrene Referentinnen und Referenten der Deutschen Rentenversicherung Berlin-Brandenburg hielten zahlreiche Vorträge bei Weiterbildungs- und Informationsveranstaltungen in Betrieben und sozialen Einrichtungen. Darüber hinaus beteiligte sich die Deutsche Rentenversicherung Berlin-Brandenburg an einer Vielzahl von Telefonaktionen der Presse zu Themen der gesetzlichen Rentenversicherung und Altersvorsorge. Einen besonderen Schwerpunkt im Berichtszeitraum bildeten die Vorträge und Telefonaktionen zum RV-Leistungsverbesserungsgesetz.

Zur Aufgabe der gesetzlichen Rentenversicherung gehört seit einigen Jahren auch die Aufklärung der Bevölkerung über die Notwendigkeit einer zusätzlichen privaten Altersvorsorge. Auch in diesem Bereich engagiert sich die Deutsche Rentenversicherung Berlin-Brandenburg in besonderem Maße. So halten Altersvorsorge-Expertinnen und -Experten nicht nur Vorträge in Volkshochschulen und Betrieben, sondern führen bei Bedarf auch individuelle Informationsgespräche durch. Mit der Kampagne „Rentenblicker“ wird

Schülerinnen und Schülern Wissen über die gesetzliche Rentenversicherung und die zusätzliche Altersvorsorge vermittelt. Die Kontaktaufnahme zu den Schulen erfolgt durch Übersendung von Unterrichtsmaterialien und Telefonanrufe durch eigens dafür geschulte Jugendreferentinnen und -referenten der Deutschen Rentenversicherung Berlin-Brandenburg.



## 7. Bäder- und Rehatour endet in unserer Region – ein „Vor Ort“-Bericht!

„Am 5. September 2014 überquerten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der 7. Bäder- und Rehatour die brandenburgische Landesgrenze mit ihren Fahrrädern und als hätte ein Brandenburger das Drehbuch geschrieben, schoben sich die Wolken beiseite und die Sonne begrüßte die Sportlerinnen und Sportler in unserer Region. Zu diesem Zeitpunkt hatten sie bereits eine siebentägige und 750 Kilometer lange Reise in den Beinen, die teilweise von unangenehmen Wetterverhältnissen mit teils wolkenbruchartigen Regenschauern begleitet war.

Wir berichten hier mitnichten von Radsportprofis während einer Wettkampfvorbereitung, sondern von sportbegeisterten Menschen mit und ohne Behinderung, die für mehr Aufmerksamkeit auf dem Gebiet der Rehabilitation und Inklusion warben und Spenden sammelten.

„Zeigen, was möglich ist“, das ist das Motto der im Jahr 2008 ins Leben gerufenen Radtour. Seitdem fuhren die Akteure auf ihren Rädern nicht nur quer durch das gesamte Bundesgebiet, sondern unter anderem auch durch Griechenland und Belgien. In diesem Jahr führten gleich zwei Strecken die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf einer Sternfahrt in das Herz der Bundeshauptstadt.

Die Gruppen waren am 29. August 2014 zum einen in Münster (Nordrhein-Westfalen) in nordöstlicher Richtung über Lübeck und Schwerin und zum anderen in Bad Friedrichshall (Baden-Württemberg) über Bischofsgrün und Karlsbad in Tschechien gestartet. Zu den weiteren Haltepunkten der Tour zählte im Süden auch die Rehabilitationsklinik Lautergrund der Deutschen Rentenversicherung Berlin-Brandenburg in Bad Staffelstein. Für einen Abend und eine Nacht war Bad Staffelstein ein Ort des Gedankenaustauschs und der Regeneration der Tourteilnehmerinnen und -teilnehmer. Eine Woche nach dem Startschuss fanden die Gruppen in Erkner zueinander. Brandenburgs Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft, Jörg Vogelsänger, und der Geschäftsführer der Deutschen Rentenversicherung Berlin-Brandenburg, Dr. Stephan Fasshauer, zeigten sich bei ihren Begrüßungsreden sehr beeindruckt von dem Engagement und der sportlichen Leistung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Sie wünschten allen Glück und Erfolg für die letzte Etappe.

Auf dieser, von Erkner bis zum Brandenburger Tor, stellten alle Sportlerinnen und Sportler in Begleitung der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, Verena Bentele, noch einmal auf beeindruckende Weise dar, was Inklusion bedeutet: die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit und ohne Behinderung in allen Bereichen unseres Lebens.“

Durch unsere Verbindungen im Netzwerk „Schule plus“ konnten wir im Jahr 2014 erstmals an Praxistagen an verschiedenen Schulen teilnehmen. Dabei konnten wir den Schülerinnen und Schülern der Klassenstufen 10 bis 12 sowohl die Ausbildungsmöglichkeiten als auch die Arbeit der Deutschen Rentenversicherung Berlin-Brandenburg nahebringen.

Viele Hunderte von interessierten Versicherten, Rentnerinnen und Rentnern wurden auf Informationsveranstaltungen und Messen in Berlin und Brandenburg erreicht, an denen sich die Deutsche Rentenversicherung Berlin-Brandenburg, häufig gemeinsam mit der Deutschen Rentenversicherung Bund, mit Informationsständen beteiligt hat. Besonders erfolgreiche Informationsveranstaltungen waren dabei auch 2014 wieder der Tag der offenen Tür der Bundesregierung im Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie die IMPULS in Cottbus.

Zum wiederholten Mal lud die Deutsche Rentenversicherung Berlin-Brandenburg zum Boys- und Girls-Day und zum Zukunftstag Brandenburg ein. Interessierte Schülerinnen und Schüler konnten sich ein Bild von der Tätigkeit der Deutschen Rentenversicherung „hinter den Kulissen“ machen. Die Mädchen verbrachten einen Tag in der Datenverarbeitung, während den Jungen gezeigt wurde, was alles zur Bearbeitung eines Rentenantrags dazugehört und dass Büroarbeit alles andere als langweilig ist.

## Versichertenälteste

Für die Deutsche Rentenversicherung Berlin-Brandenburg waren im Jahr 2014 insgesamt 68 Versichertenälteste ehrenamtlich tätig.

Aufgabe der Versichertenältesten ist es, eine ortsnahe Verbindung der Deutschen Rentenversicherung Berlin-Brandenburg zu ihren Versicherten, Rentnerinnen und Rentnern sicherzustellen. Den Versichertenältesten obliegt dabei die Beratung und Betreuung in der Nähe des Wohnorts unserer Kunden.

Für unsere Versichertenältesten haben wir im Berichtszeitraum gemeinsam mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund eine eintägige Fortbildungsveranstaltung durchgeführt. Schwerpunkt der Fortbildungsveranstaltung im Jahr 2014 war das RV-Leistungsverbesserungsgesetz. Dank der umfassenden Schulung zu diesem Thema sind unsere ehrenamtlichen Versichertenältesten in der Lage, unsere Kundinnen und Kunden umfassend und vollständig zu den gesetzlichen Neuregelungen zu beraten. Sie haben außerdem ein Vielzahl der Anträge auf die neue Rente ab 63 aufgenommen, die durch das RV-Leistungsverbesserungsgesetz eingeführt wurde. Die gemeinsamen Kontaktgespräche für die Versichertenältesten der Deutschen Rentenversicherung Berlin-Brandenburg und die Versichertenberaterinnen und -berater der Deutschen Rentenversicherung Bund wurden sowohl im Land Brandenburg als auch in Berlin mit großem Erfolg weitergeführt.

Nachstehende Zahlen belegen die erfolgreiche Tätigkeit der Versichertenältesten während des Berichtszeitraums:

<b>Antragsaufnahme durch Versichertenälteste im Jahr 2014</b>		
Rentanträge	Anträge auf Kontenklärung, Rentenauskunft, Rentenumwandlung	<b>insgesamt</b>
6473	474	<b>6947</b>

## Revision – Qualitätssicherung durch Eigenkontrolle

Aufgaben, Organisation und Prüfverfahren sind durch die im August 2012 getroffene Verbindliche Entscheidung des Bundesvorstandes der Deutschen Rentenversicherung Bund „Grundsätze für die Innenrevision der Träger der Deutschen Rentenversicherung“, die vom Vorstand der Deutschen Rentenversicherung Berlin-Brandenburg am 2. Mai 2006 erlassenen Richtlinien für den Bereich Revision (RL-Revision) und eine ergänzenden Dienstanweisung vom 8. September 2006 festgelegt. Die Grundlage für die Prüftätigkeit bildet ein für jedes Kalenderjahr mit Zustimmung der Geschäftsleitung aufgestellter Prüfungsplan. Dieser wird auf der Grundlage einer Risikobewertung der Aufgabenfelder der Deutschen Rentenversicherung Berlin-Brandenburg erstellt.

Die Innenrevisoren nahmen im Berichtsjahr in verschiedenen Bereichen Prüfungen vor, die die Untersuchung und Bewertung der Ordnungsmäßigkeit, der Rechtmäßigkeit, der Zweckmäßigkeit, der Sicherheit sowie der Wirtschaftlichkeit des Verwaltungshandelns zum Inhalt hatten. Erforderlichenfalls wurden Prüfeempfehlungen abgegeben und deren Erledigung überwacht.

Aus dem Leistungskatalog der Rentenversicherung wurde geprüft, ob die komplexen Rechtsnormen zur Weiter- und Wiedergewährung von Waisenrenten über das 18. Lebensjahr hinaus eingehalten und den Risiken des Verfahrens mit angemessenen Kontrollen begegnet wird. Ausgangspunkt dieser Prüfung war die durch die Rechtsprechung des Bundessozialgerichts geänderte Rechtsauffassung zum Ende des Waisenrentenanspruchs (Verbindliche Entscheidung des Bundesvorstandes der Deutschen Rentenversicherung Bund vom Oktober 2011, veröffentlicht am 23. Dezember 2011).

Die Ergebnisse aller im Berichtsjahr durchgeführten Prüfungen wurden in „Wesentlichen Prüfbemerkungen“ zusammengefasst und dem Prüfbericht zur Jahresrechnung beigelegt. Hierauf konnten der Rechnungsprüfungsausschuss und die Vertreterversammlung bei der Abnahme der Jahresrechnung sowie bei der Entlastung des Vorstandes und der Geschäftsleitung zurückgreifen.

Darüber hinaus nahm der Bereich Revision Koordinierungsaufgaben bei Prüfungen des Bundesrechnungshofes und bei anderen externen Prüfungen wahr. Dazu gehört auch die Überwachung der Einhaltung von in diesem Zusammenhang von der Deutschen Rentenversicherung Berlin-Brandenburg abgegebenen Zusagen.



## III. Leistungen

### Auskunft und Beratung

#### Beratung und Antragsaufnahme

Das Beratungsstellennetz der Deutschen Rentenversicherung Berlin-Brandenburg gliedert sich in drei Regionen – Berlin/Frankfurt (Oder), Potsdam und Cottbus – und bietet mit seinen gegenwärtig 26 Auskunfts- und Beratungsstellen (davon eine in Kooperation mit der Deutschen Rentenversicherung Bund), fünf Sprechtagen und diversen in Gemeinden und Stadtverwaltungen durchgeführten Bedarfssprechtagen den Versicherten einen flächendeckenden und umfassenden Beratungsservice zu allen Fragen der gesetzlichen Rentenversicherung und der Rehabilitation, und zwar unabhängig davon, bei welchem Träger der Deutschen Rentenversicherung der Ratsuchende versichert ist. Zum Service gehören unter anderem die Aufnahme von Rentenanträgen, von Anträgen auf Kontenklärung sowie von Anträgen auf Rehabilitationsleistungen durch die Beraterinnen und Berater vor Ort. Im Jahr 2014 erhielten in den Beratungsstellen insgesamt 296.007 Besucherinnen und Besucher umfassende Beratungen und Auskünfte. Zudem klärten unsere Beraterinnen und Berater im Berichtszeitraum 104.703 Anfragen telefonisch und beantworteten 5.124 Anfragen oder E-Mails schriftlich.

Aufgrund des zum 1. Juli 2014 in Kraft getretenen RV-Leistungsverbesserungsgesetzes stieg das Besucheraufkommen im Vergleich zum Vorjahr um mehr als 13 % bzw. 34.539 Kunden erheblich. Die Tendenz ist auch bei den telefonischen Anfragen zu verzeichnen, die im Vorjahresvergleich um fast 10 % bzw. 8.801 Anrufe gestiegen sind.

#### Neukonzeption des Auskunfts- und Beratungsstellennetzes

Auf der Grundlage der vom Bundesvorstand der Deutschen Rentenversicherung Bund für alle Rentenversicherungsträger verbindlich festgelegten Grundsätze zur Ausgestaltung und Weiterentwicklung des Beratungsstellennetzes hat der Vorstand der Deutschen Rentenversicherung Berlin-Brandenburg im April 2014 die für die Neukonzeptionierung des Auskunfts- und Beratungsstellennetzes der Deutschen Rentenversicherung Berlin-Brandenburg maßgebenden Eckpunkte

festgelegt. Die Neukonzeption sieht eine Aufteilung des Beratungsstellennetzes in sieben Regionen vor: Berlin, Prignitz-Oberhavel, Fläming-Dahme, Uckermark-Barnim, Havelland-Potsdam, Oderland-Spree und Lausitz-Spreewald. In jeder dieser Regionen wird es zukünftig eine – werktäglich für Besucherinnen und Besucher geöffnete – Auskunft- und Beratungsstelle geben, und zwar in den Städten Berlin, Frankfurt (Oder), Potsdam, Cottbus, Königs Wusterhausen, Oranienburg und Eberswalde. Ergänzt wird dieses Beratungsangebot durch 68 Versichertenälteste, 14 Sprechtage, eine Beratungsstelle in Kooperation mit der Deutschen Rentenversicherung Bund sowie diverse Bedarfssprechtage in Gemeinden und Stadtverwaltungen.

Die Neukonzeption des Auskunfts- und Beratungsstellennetzes soll bis spätestens Ende 2018 abgeschlossen sein; mit der sukzessiven Umsetzung soll 2015 begonnen werden. Die Deutsche Rentenversicherung Berlin-Brandenburg wird auch in der neuen Struktur ein flächendeckendes, kompetentes und kundenorientiertes Beratungsangebot vorhalten.

### **Projekt „A- und B-Service 2.0“**

Zur Erweiterung und Verbesserung unseres Auskunfts- und Beratungsangebots wurden im September 2014 im Rahmen eines Pilotprojektes vier Selbstbedienungsterminals in den Beratungsstellen Berlin, Frankfurt (Oder), Eberswalde und Cottbus in Betrieb genommen. Mit den Terminals, die über einen berührungsempfindlichen Bildschirm gesteuert werden, können unter anderem Termine vereinbart, Informationen zu aktuellen Fragen abgerufen oder Anträge ausgefüllt werden. Zusätzlich werden ausgewählte Angebote des Internetauftritts der Deutschen Rentenversicherung und der eServices angeboten. Auch die Broschüren der Deutschen Rentenversicherung können eingesehen werden. Die abgerufenen Informationen können ausgedruckt werden.

Hardwareseitig basieren die Geräte auf Standardmodellen. Sie sind mit einem Druckwerk ausgestattet, das nicht entnommene Ausdrucke nach kurzer Zeit datenschutzgerecht wieder einzieht. Als weitere Maßnahme zur Datensicherheit ist der Bildschirm mit einem sogenannten Privacy-Filter ausgestattet, der Einblicke von der Seite verhindert.

Die Beratungsterminals wurden von der Deutschen Rentenversicherung Berlin-Brandenburg mit Unterstützung eines externen Partners entwickelt. Das Projektteam unseres Hauses bestand sowohl aus fachlichen als auch aus technischen Experten. Mit der Erstellung der Inhalte wurde ein Redaktionsteam beauftragt. Die Inhalte konnten somit nah am Kunden und orientiert am aktuellen Beratungsgeschehen erstellt werden. Sie werden vom Redaktionsteam laufend an die aktuellen Bedürfnisse angepasst.

Nach Abschluss der halbjährlichen Pilotphase wird evaluiert, wie die Terminals von den Besucherinnen und Besuchern in den Auskunfts- und Beratungsstellen angenommen werden. Hierzu wurde auch eine Feedback-Funktion integriert, die den Nutzern die Möglichkeit bietet, seine Meinung zum Terminal zu äußern.

## **Gemeinsame Servicestellen für Rehabilitation**

Derzeit nehmen zehn Auskunfts- und Beratungsstellen zusätzlich die Aufgaben einer Gemeinsamen Servicestelle für Rehabilitation wahr. Dort werden Versicherte und Ratsuchende trägerübergreifend speziell zu Rehabilitationsleistungen und deren Voraussetzungen beraten und entsprechende Anträge aufgenommen. Dies erfolgt in enger Zusammenarbeit mit anderen Rehabilitationsträgern, wie z. B. den gesetzlichen Krankenkassen, den Trägern der Unfallversicherung oder den Sozialhilfeträgern.

## **Internationale Beratungstage**

Die Deutsche Rentenversicherung Berlin-Brandenburg führte im Berichtsjahr gemeinsam mit der Deutschen Rentenversicherung Bund und der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See 17 internationale Beratungstage für Polen in Kooperation mit den polnischen Sozialversicherungsträgern durch. Dabei nahmen die Beraterinnen und Berater der Deutschen Rentenversicherung Berlin-Brandenburg 309 Beratungen vor.

## **Kostenloses Servicetelefon**

Zu allen Fragen rund um die Themen Rente, Rehabilitation und Altersvorsorge geben die Beraterinnen und Berater an unserem kostenfreien Servicetelefon 0800 100048025 von Montag bis Donnerstag von 07:30 Uhr bis 19:30 Uhr und am Freitag von 07:30 Uhr bis 15:30 Uhr Auskünfte. Darüber hinaus beteiligen sich die Beraterinnen und Berater auch an der ebenfalls kostenfreien bundesweit einheitlichen Service-Hotline 0800 10004800. Die fachliche Beratung über die kostenlose Service-Hotline nutzten im Berichtszeitraum 86.729 Anruferinnen und Anrufer. Für Fragen in Bezug auf die „Mütterrente“ wurde bundesweit ein weiteres, separates Servicetelefon eingerichtet.

## **Weitere Aktivitäten**

Die Beraterinnen und Berater der Auskunfts- und Beratungsstellen nahmen auch vielfältige Aufgaben der Öffentlichkeitsarbeit wahr. So hielten sie im vergangenen Jahr 301 Vorträge zu verschiedenen Themen bei Bildungsträgern, Arbeitgebern sowie in den Auskunfts- und Beratungsstellen. Außerdem waren Beraterinnen und Berater an 79 Tagen bei Messen an Informationsständen beteiligt. Von großem Interesse für Versicherte waren die 110 Betriebssprechtage, bei denen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der regional zuständigen Auskunfts- und Beratungsstelle vor Ort Versicherte im Betrieb insbesondere zu rentenspezifischen Themen informierten. Projekte wie „Sicherheit im Alter“, ein Beratungsangebot vorrangig für Versicherte, deren Renteneintritt nicht unmittelbar bevorsteht, und der „Rentenblicker“, ein an Jugendliche, Schülerinnen und Schüler gerichtetes Informationsprogramm, ergänzten die Öffentlichkeitsarbeit.

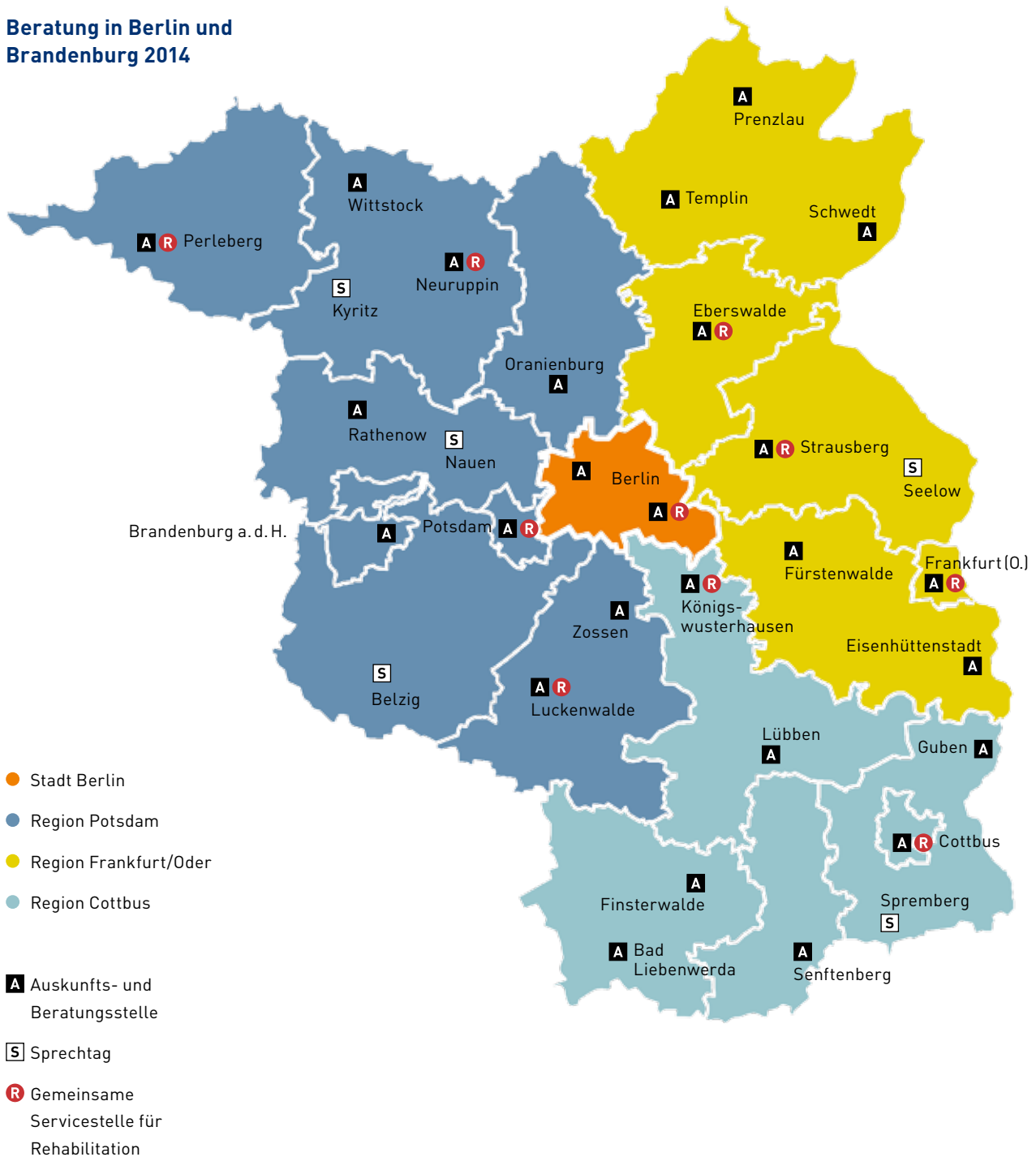
## **Firmenservice**

Der Bundesvorstand der Deutschen Rentenversicherung Bund beschloss am 13. März 2014 verbindlich, mit dem Firmenservice bundesweit ein Beratungs- und Lotsenangebot speziell für Betriebe aufzubauen. Ziel der Deutschen Rentenversicherung Berlin-Brandenburg ist es, den Firmenservice als Teil des

Beratungs- und Leistungsangebotes zu etablieren. Dabei erfolgt die konzeptionelle und strukturelle Weiterentwicklung im Hinblick auf wichtige Zukunftsthemen wie Prävention und die Gesunderhaltung der Beschäftigten, Rehabilitation und Altersvorsorge sowie demografischer Wandel. Dies dient unter anderem der Umsetzung einer innovativen, bedarfsgerechten, wirtschaftlichen und nachhaltigen Präventions- und Gesundheitsstrategie.

Der Firmenservice ist in der Abteilung Rehabilitation und Gesundheitsförderung angesiedelt und wird ab 2015 aktiv angeboten.

### Beratung in Berlin und Brandenburg 2014





## Versicherung und Beitrag

### Versicherter Personenkreis

Seit dem 1. Januar 2005 richtet sich die Zuordnung der Neuversicherten in der gesetzlichen Rentenversicherung zu den Regionalträgern bzw. den Bundesträgern nach vom Gesetzgeber vorgesehenen Quoten. Danach sind langfristig von den Regionalträgern 55 % und von den Bundesträgern 45 % der Versicherten zu betreuen. Um diese Aufteilung zu erreichen, werden bis 2020 etwa 5 % der Bestandsversicherten einem anderen Versicherungsträger zugeordnet. Die Deutsche Rentenversicherung Berlin-Brandenburg hatte im Jahr 2014 im Zuge dieses Ausgleichs einen Zuwachs von 15.260 Versicherten. Die Gesamtzahl der bei uns aktiv und passiv Versicherten beläuft sich auf etwa 1,97 Millionen.

### Renteninformation und Rentenauskunft

Alle Versicherten erhalten ab dem 27. Lebensjahr und nach Vorliegen einer Wartezeit von 60 Monaten bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze jährlich eine Renteninformation. Ausgenommen sind nur die Jahre, in denen sie per Gesetz eine Rentenauskunft erhalten, dass heißt nach Vollendung des 55. Lebensjahres im Drei-Jahres-Rhythmus. Im Jahr 2014 haben wir 1.016.924 Renteninformationen und 105.421 Rentenauskünfte versandt.

### Kontenklärung

Im Jahr 2014 wurden 83.548 Versicherungsverläufe und 125.413 Feststellungsbescheide versandt.

### Versorgungsausgleich

Auch das Jahr 2014 war durch die Umsetzung des 2009 in Kraft getretenen Versorgungsausgleichsgesetzes geprägt, da die Familiengerichte weiterhin ausgesetzte Versorgungsausgleichsverfahren wieder aufgenommen haben. Im Berichtsjahr haben wir den Familiengerichten 34.353 Eherechtsauskünfte über bei der Deutschen Rentenversicherung Berlin-Brandenburg versicherte Ehepartner erteilt. Dies entspricht im Vergleich zu 2013 einem Zuwachs von 68,6 %. Zudem wurden von uns 18.187 Entscheidungen der Familiengerichte überprüft.

### Beitragseinzug

Die steigenden Beitragssummen der Selbständigen und freiwillig Versicherten belegen, dass die Altersvorsorge im Rahmen der gesetzlichen Rentenversicherung auch für Personen an Bedeutung gewinnt, die zur Zahlung in das staatliche Rentensystem nicht verpflichtet sind.

Im Jahr 2014 haben die sogenannten Selbstzahler folgende Beitragssummen eingezahlt:

- Pflichtbeiträge von Handwerkern 13,2 Mio. EUR (Steigerung um 8,2 %)
- sonstige unmittelbar entrichtete Pflichtbeiträge 9 Mio. EUR (Steigerung um 7,1 %)
- Freiwillige Beiträge 7,6 Mio. EUR (Steigerung um 1,3 %).

## **Beitragserstattung**

Für Versicherte ist es nach Vorliegen der Voraussetzungen des § 210 SGB VI möglich, sich die in die Rentenversicherung eingezahlten Beiträge erstatten zu lassen. Im Jahr 2014 haben wir 358 Anträge auf Beitragserstattung bewilligt und 2,6 Mio. EUR ausgezahlt.

## **Turnusmäßige Betriebsprüfungen**

Im Berichtszeitraum wurden 24.504 Betriebe geprüft. Dabei haben wir insgesamt 10,5 Mio. EUR an Gesamtsozialversicherungsbeiträgen nachgefordert und 2,5 Mio. EUR zu Unrecht entrichtete Beiträge beanstandet.

## **Mitwirkung der Deutschen Rentenversicherung Berlin-Brandenburg bei der Bekämpfung der Schwarzarbeit**

Im Jahr 2014 wurden durch den Zoll/FSK (Finanzkontrolle Schwarzarbeit) gemeinsam mit anderen Ermittlungsbehörden 8.164 Verdachtsfälle übermittelt. Im Ergebnis der Überprüfungen wurden 11.775 Fälle durch die Deutsche Rentenversicherung Berlin-Brandenburg beanstandet und 24,8 Mio. EUR an Gesamtsozialversicherungsbeiträgen sowie 16,2 Mio. EUR an Säumniszuschlägen nachgefordert.

## **Insolvenzfälle**

Im Berichtsjahr wurden 996 Insolvenzprüfungen durchgeführt.

## **Einzugsstellenprüfdienst**

Insgesamt wurden 44 Einzugsstellenprüfungen bei den Krankenkassen als Einzugsstelle für den Gesamtsozialversicherungsbeitrag durchgeführt.

## **Künstlersozialabgabe**

Im Berichtszeitraum waren 2371 Betriebe zu prüfen. Dabei wurde in 533 Fällen eine Abgabepflicht nach dem Künstlersozialversicherungsgesetz aufgrund der Inanspruchnahme künstlerischer Leistungen festgestellt. Die Nachforderung wegen der daraus resultierenden Abgabeschuld betrug insgesamt 0,8 Mio. EUR.

## **Rente**

### **Rentenbestand**

Der Rentenbestand der Deutschen Rentenversicherung Berlin-Brandenburg belief sich am 31. Dezember 2013 auf insgesamt 767.410 Zahlfälle. Von den 766.398 Renten nach dem SGB VI waren 493.615 Altersrenten, 81.990 Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und 190.793 Hinterbliebenenrenten. Nach Art. 2 des Rentenüberleitungsgesetzes (RÜG) für Renten der ehemaligen DDR wurden 1.012 Renten gezahlt, davon 184 Altersrenten, 826 Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und 2 Hinterbliebenenrenten.

## Gesetz über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung (RV-Leistungsverbesserungsgesetz)

Die zeitnahe Umsetzung des am 1. Juli 2014 in Kraft getretenen RV-Leistungsverbesserungsgesetzes war für die Träger der Rentenversicherung eine große Herausforderung. Die notwendigen internen Anpassungen der Arbeitsabläufe und die Information der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gingen mit einem großen Anstieg des Beratungsbedarfs unserer Versicherten einher.

Die „Mütterrente“ wurde durch zwei Einmalaktionen für Bestandsrentnerinnen und -rentner (262.333 Fälle) und Versicherte ohne Rentenbezug (144.234 Fälle) größtenteils maschinell verarbeitet.

Die Anträge auf „Rente ab 63“ (Altersrente für besonders langjährig Versicherte) erfordern dagegen einen individuellen Bearbeitungsprozess mit unterschiedlichen Sachverhaltsprüfungen durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Mit der gesetzlichen Neuregelung stiegen die Antragszahlen auf eine Altersrente sprunghaft an. Insgesamt wurden in der zweiten Hälfte des Berichtsjahres 9.188 Anträge auf eine Altersrente für besonders langjährig Versicherte gestellt (1. Halbjahr 3.257 Anträge, 2. Halbjahr 5.931 Anträge).

### Rentenzahlbeträge

#### Rentenzahlbeträge – Inland 2014 in Mio. EUR

##### Rentenart

Altersrenten	5.070
Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit	502
Hinterbliebenenrenten	1.057
<b>Gesamtzahlbetrag</b>	<b>6.629</b>

#### Rentenzahlbeträge – Ausland 2014 in Mio. EUR\*

##### Rentenart

Altersrenten	453
Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit	25
Hinterbliebenenrenten	102
<b>Gesamtzahlbetrag</b>	<b>580</b>

\*) Dazu gehören Renten, deren Feststellung, Höhe und Zahlung durch Vorschriften des über- und zwischenstaatlichen Rechts ermöglicht oder beeinflusst wird.

#### Rentenanträge – Inland 2014

Anträge	62.361	
Erledigungen insgesamt	60.633	
davon:		
Bewilligungen	48.020	79,2 %
Ablehnungen	11.040	18,2 %
anderweitige Erledigungen	1.573	2,6 %

<b>Rentenanträge – Ausland 2014</b>		
Anträge	7.399	
Erledigungen insgesamt	7.273	
davon:		
Bewilligungen	4.356	59,9 %
Ablehnungen	2.417	33,2 %
anderweitige Erledigungen	500	6,9 %

### **Verbindungsstelle für Polen**

Die Deutsche Rentenversicherung Berlin-Brandenburg ist Verbindungsstelle zu Polen für die Regionalträger der Deutschen Rentenversicherung und damit auch Ansprechpartner für die in Polen ansässigen Versicherungsträger. Sie ist für die Durchführung der Rentenverfahren zuständig, die der Anwendung des europäischen Verordnungsrechts im Verhältnis zu Polen sowie des deutsch-polnischen Rentenabkommens von 1975 unterliegen.

An 14 deutsch-polnischen Beratungstagen in Deutschland und Polen sowie bei zusätzlichen Veranstaltungen der Polnischen Botschaft in Berlin und der Deutschen Botschaft in Warschau, an denen die Deutsche Rentenversicherung Berlin-Brandenburg beteiligt war, konnten sich Versicherte, Rentnerinnen und Rentner zweisprachig über die Regelungen des über- und zwischenstaatlichen Rechts individuell beraten lassen.

Im Rahmen der Verbindungsstellenfunktion beteiligte sich die Deutsche Rentenversicherung Berlin-Brandenburg im Jahr 2014 zudem an verschiedenen deutsch-polnischen Konsultationen. Dazu gehörten unter anderem eine Verbindungsstellenbesprechung zur Klärung von Fragen grundsätzlicher Art, eine gemeinsame Fortbildungsveranstaltung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Klärung von Verfahrensfragen und die FreSsco-Konferenz zur Verbesserung der bilateralen Zusammenarbeit. Darüber hinaus tauschten sich die Geschäftsleitung der Deutschen Rentenversicherung Berlin-Brandenburg und der Präsident des polnischen Sozialversicherungsträgers auf einem Treffen über die Festlegung gemeinsamer strategischer Ziele aus.

### **Grundsicherung im Alter, bei Erwerbsminderung und für Arbeitsuchende**

Die Deutsche Rentenversicherung Berlin-Brandenburg ist verpflichtet, im Rahmen der bedarfsorientierten Grundsicherung Amtshilfe bei der Feststellung der dauerhaften vollen Erwerbsminderung für nachstehende Stellen zu leisten:

- Bezirksamter des Landes Berlin
- Landkreise und kreisfreie Städte des Landes Brandenburg
- alle weiteren bundesweiten kommunalen Sozialhilfeträger, bei denen die Deutsche Rentenversicherung Berlin-Brandenburg als bundesweite Verbindungsstelle zur Republik Polen zuständig ist.

Besteht kein Rentenanspruch, werden die Begutachtungskosten pauschal vom Bund erstattet. Im Jahr 2014 wurden 1.106 derartige Anfragen beantwortet. Die Deutsche Rentenversicherung Berlin-Brandenburg erstellt zudem für alle Beteiligten bindende gutachterliche Stellungnahmen, wenn

ein anderer Leistungsträger der Entscheidung des Jobcenters zum Vorliegen von Erwerbsfähigkeit im Sinne des SGB II widerspricht. Das entsprechende Verfahren regelt eine Vereinbarung zwischen der Bundesagentur für Arbeit und der Deutschen Rentenversicherung Bund aus dem Jahre 2011 über die Zusammenarbeit bei der Beurteilung von Arbeitsuchenden im Sinne des SGB II. Die Begutachtungskosten werden pauschal vom Bund erstattet, wenn die Arbeitsuchenden nicht rentenberechtigt sind. Im Jahr 2014 wurden 84 derartige Anfragen beantwortet.

Ähnliche Vereinbarungen wurden im Jahre 2013 mit dem Deutschen Landkreistag und dem Deutschen Städtetag abgeschlossen. Die Begutachtungskosten werden in diesen Fällen pauschal von den Kommunen erstattet, wenn die Arbeitsuchenden nicht rentenberechtigt sind. Im Jahr 2014 wurden 13 derartige Anfragen beantwortet.

### **Krankenversicherung der Rentner**

Für die in der gesetzlichen Krankenversicherung versicherungspflichtigen Rentnerinnen und Rentner werden aus ihrer Bruttorente die Beiträge zur Krankenversicherung der Rentner ermittelt und einbehalten. Dabei bemessen sich die Beiträge nach dem allgemeinen Beitragssatz der Krankenversicherung. Die Hälfte des Beitrages von 14,6 % wird vom Rentenversicherungsträger getragen. Anstelle des bisherigen einkommensunabhängigen Zusatzbeitrages erheben die Krankenkassen seit 1. Januar 2015 einen einkommensabhängigen Zusatzbeitrag als Prozentsatz der beitragspflichtigen Einnahmen jedes Mitglieds. Den verbliebenen Beitragsanteil in Höhe von 7,3 % und den Zusatzbeitrag trägt die Rentnerin bzw. der Rentner. Die Aufwendungen der Deutschen Rentenversicherung Berlin-Brandenburg für die Krankenversicherung der Rentner beliefen sich für das Jahr 2014 auf 524,7 Mio. EUR gegenüber 561,2 Mio. EUR für das Jahr 2013. Sie stellen nach den Rentenausgaben den zweithöchsten Ausgabenposten dar.

### **Pflegeversicherung der Rentner**

Der Beitragssatz für die Pflegeversicherung betrug 2014 2,05 %. Ab dem 1. Januar 2015 erhöht er sich um 0,3 Prozentpunkte auf 2,35 % der Rente. Außerdem zahlen kinderlose Rentnerinnen und Rentner einen Beitragszuschlag in Höhe von 0,25 %. Die Beiträge zur Pflegeversicherung sind von den Rentnerinnen und Rentnern allein zu tragen. Sie werden von den Renten einbehalten und an die Krankenkassen in ihrer Eigenschaft als Pflegekassen abgeführt.

## **Rechtsbehelfe**

### **Widersprüche**

Ist eine Antragstellerin bzw. ein Antragsteller mit einer Entscheidung nicht einverstanden, hat sie oder er das Recht, Widerspruch einzulegen. Im Bescheid wird auf dieses Recht hingewiesen. Im Widerspruchsverfahren wird die Entscheidung nochmals einer gründlichen außergerichtlichen Prüfung unterzogen. Dabei werden gegebenenfalls zusätzlich eingereichte Unterlagen geprüft. Ist eine Entscheidung im Sinne des Widerspruchsführers möglich, wird die ursprüngliche Entscheidung im Wege der Abhilfe aufgehoben. Kann nicht abgeholfen werden, entscheidet der Rechtsbehelfsbereich bzw. ein Widerspruchs-

ausschuss abschließend durch Erteilung eines Widerspruchsbescheides. Den insgesamt 15 Widerspruchsausschüssen, die im Jahr 2014 zusammen 229 mal tagten, gehören jeweils ein Vertreter der Sozialpartner, also der Versicherten und der Arbeitgeber, sowie ein Vertreter der Verwaltung mit beratender Stimme an. Im Geschäftsjahr 2014 gingen bei der Deutschen Rentenversicherung Berlin-Brandenburg insgesamt 15.279 Widersprüche ein. Im selben Zeitraum wurden 67.903 Leistungsbescheide im Bereich Rente, 63.893 Leistungsbescheide im Bereich Rehabilitation sowie 125.413 Feststellungsbescheide erlassen.

<b>Entwicklung des Widerspruchseingangs</b>				
<b>Bereich</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
Rente Nichtvertrag	7.534	7.175	8.105	8.233
Rente Vertrag	584	658	672	640
Rehabilitation	4.746	4.867	5.713	4.646
Versicherung und Beitrag	1.267	1.234	1.310	1.450
Betriebsprüfung	330	299	372	310
<b>insgesamt</b>	<b>14.461</b>	<b>14.233</b>	<b>16.172</b>	<b>15.279</b>

### Klagen

Ist ein Widerspruch erfolglos, kann Klage beim Sozialgericht erhoben werden. Bei 9.514 Widerspruchsbescheiden wurden im Berichtsjahr 2014 insgesamt 3.289 Klagen erhoben. Die meisten Klagen wurden, wie auch in den Vorjahren, in Rentenangelegenheiten erhoben.

<b>Abschluss der Klageverfahren 2014</b>		
Erledigungen insgesamt	2.895	
davon:		
zu Gunsten der DRV Berlin-Brandenburg	1.904	65,8 %
teilweise zu Gunsten der DRV Berlin-Brandenburg	684	23,6 %
zu Ungunsten der DRV Berlin-Brandenburg	307	10,6 %

### Berufungen / Revisionen

Im Jahr 2014 wurden 373 Berufungen gegen Entscheidungen der Sozialgerichte eingelegt, 393 Erledigungen waren zu verzeichnen. Damit sank der Bestand an unerledigten Berufungsverfahren im Berichtsjahr auf 793 Fälle. Die Anzahl der Neueingänge an Revisionsverfahren nach Entscheidungen der Landessozialgerichte belief sich auf 19 Fälle, 19 Fälle konnten im Berichtsjahr erledigt werden. Damit waren am Ende des Jahres 2014 noch acht Revisionsverfahren anhängig.

### Kosten der Sozialgerichtsverfahren

Für den Versicherten ist sowohl das Widerspruchsverfahren als auch das Verfahren vor den Sozialgerichten unabhängig vom Verfahrensausgang grundsätzlich kostenfrei. Nur die Kosten für beauftragte Bevollmächtigte muss die bzw. der Versicherte selbst tragen.

## Rehabilitation

Mit der Rehabilitation erfüllt die Rentenversicherung eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe für die gleichberechtigte Teilhabe von chronisch kranken Menschen an Arbeit und Gesellschaft. Dies gilt gleichermaßen für die Leistungen zur medizinischen Rehabilitation wie für die Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben. Die Rehabilitation dient der Selbstbestimmung und zielt auf den Erhalt der Erwerbsfähigkeit der Versicherten ab. Sie wirkt der Erwerbsminderung entgegen und soll eine möglichst dauerhafte (Wieder-) Eingliederung in das Erwerbsleben ermöglichen. Auf diese Weise soll eine Berentung wegen Erwerbsminderung vermieden werden, es gilt der Grundsatz: „Prävention vor Rehabilitation vor Rente“. Gerade vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und der angestrebten Verlängerung der Lebensarbeitszeit kommt dem Erhalt der Erwerbsfähigkeit immer größere Bedeutung zu. Dazu tragen die Rehabilitations- und Präventionsleistungen der Rentenversicherung entscheidend bei.

### Herausforderung psychische Erkrankungen

Der Anstieg von Arbeitsunfähigkeitszeiten aufgrund psychischer Störungen hat zu wachsenden Aktivitäten der gesetzlichen Krankenversicherung und zu einem Anstieg von psychosomatischen Rehabilitationsleistungen der Rentenversicherung geführt. In Modellvorhaben mit einzelnen Krankenkassen werden neue Wege zur frühzeitigen Feststellung des psychosomatischen Rehabilitationsbedarfs erprobt. Sofern eine angemessene Krankenbehandlung erfolgt ist, kann bei psychischen Störungen durch eine frühzeitig einsetzende Rehabilitation die Erwerbsprognose entscheidend verbessert werden.

### Leistungen zur medizinischen Rehabilitation

Im Jahr 2014 beantragten insgesamt 56.146 Versicherte Leistungen zur ambulanten und stationären medizinischen Rehabilitation einschließlich onkologischer Nachsorgeleistungen und Entwöhnungsbehandlungen. Dies entspricht einer Steigerung zum Vorjahr um 10,3 %. Die Zahl der Bewilligungen im Jahr 2014 stieg gegenüber dem Vorjahr um 7,1 % an. Es wurden 27.697 Leistungen wegen allgemeiner Erkrankungen, 4.336 Entwöhnungsbehandlungen und 5.275 onkologische Nachsorgeleistungen gewährt.

Nach einer Leistung zur medizinischen Rehabilitation kann sich eine Nachsorgeleistung anschließen, die den nachhaltigen Erfolg der Leistung sichern soll. Dies können Leistungen in Form von Reha-Sport, Sport in Herzgruppen, Funktionstraining oder IRENA (Intensivierte Rehabilitationsnachsorge) sein. Im Jahr 2014 wurden 2.836 Leistungen bewilligt.

#### Anträge auf Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und die Art ihrer Erledigung 2014

Anträge	56.146	
Erledigungen insgesamt	55.496	
davon:		
Bewilligungen	38.681	69,7 %
Ablehnungen	6.910	12,5 %
anderweitig erledigte Anträge	9.905	17,8 %

Die mit Abstand häufigsten Indikationen waren orthopädische Erkrankungen, gefolgt von onkologischen Erkrankungen (Neubildungen) und von psychosomatischen Leiden ohne Sucht sowie Herz/Kreislaufkrankungen. Wie auch in den vergangenen Jahren wurden die Leistungen etwa zu zwei Dritteln von Männern und zu einem Drittel von Frauen in Anspruch genommen.

• **Psychosomatische Erkrankungen**

Im Jahr 2014 haben wir 4.888 Versicherten Leistungen wegen psychosomatischer Erkrankungen gewährt. Die Zahl der Rehabilitandinnen und Rehabilitanden hat sich im Vergleich zum Vorjahr, in dem 3574 Versicherten eine Leistung aufgrund einer psychosomatischen Erkrankung bewilligt wurde, um 36,8 % sehr stark erhöht. Auch der Umfang der wegen psychosomatischer Erkrankungen gewährten Rehabilitationsleistungen ist – wie bereits in den Vorjahren – weiter angestiegen. Der Anteil ambulanter Leistungen hat leicht zugenommen und liegt derzeit bei 7,6 %.

• **Abhängigkeitserkrankungen**

Insgesamt wurden im Berichtsjahr 4.336 Leistungen wegen Abhängigkeitserkrankungen bewilligt. Der Anteil ambulanter Entwöhnungsbehandlungen einschließlich Nachsorgeleistungen im Jahr 2014 von 57,2 % ist gegenüber dem Vorjahr mit 58,4 % nur leicht gesunken.

**Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben**

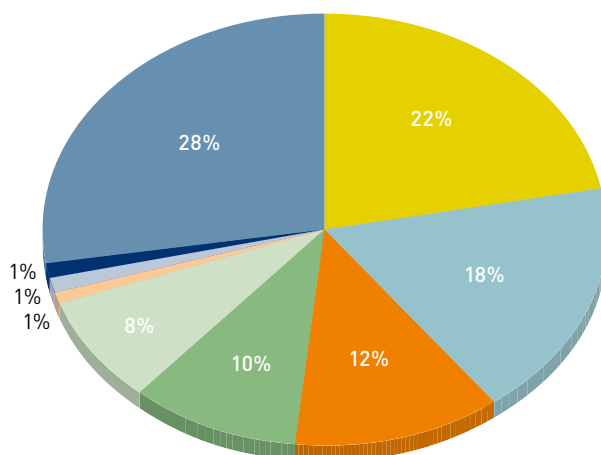
• **Anträge und Bewilligungen**

Im Jahr 2014 stellten insgesamt 20.278 Versicherte einen Antrag auf Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben. Das waren 19,5 % mehr als im Vorjahr, als 16.973 Versicherte diese Leistungen begehrten.

<b>Anträge auf Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben und die Art ihrer Erledigung 2014</b>		
Anträge	20.278	
Erledigungen insgesamt	20.237	
davon:		
Bewilligungen	11.661	57,6 %
Ablehnungen	6.642	32,8 %
anderweitig erledigte Anträge	1.934	5,6 %

**Art der bewilligten Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben (ohne Vermittlungshilfebescheide)**

- Überbrückungsgelder/ Gründungszuschüsse
- Kfz-Hilfen
- Rehabilitation psychisch Kranker



- Erhaltung/Erlangung von Arbeitsplätzen
- Berufliche Bildungen
- Berufsfindungen/Arbeitserprobungen
- Leistungen an Arbeitgeber
- Leistungen in einer Werkstatt für behinderte Menschen
- Berufsvorbereitungen



## Sonstige Leistungen

- **Kinderrehabilitation**

Kinder und Jugendliche, die an einer chronischen Erkrankung leiden und die neben der ambulanten Versorgung (durch den Kinderarzt oder Facharzt bzw. andere Therapeuten) oder nach einer Krankenhausbehandlung eine komplexe und interdisziplinäre Behandlung benötigen, können in Rehabilitationseinrichtungen für Kinder und Jugendliche behandelt werden. Die Rehabilitationsleistungen sind den gesundheitlichen Bedürfnissen und dem Alter der Kinder angepasst. Für die Verbesserung der gesundheitlichen Situation der betroffenen Kinder ist die Einbindung der Eltern bzw. Erziehungsverantwortlichen wichtig.

Die Rehabilitation bei Kindern und Jugendlichen wird nur stationär durchgeführt. Ihr prozentualer Anteil an den Reha-Leistungen der Deutschen Rentenversicherung insgesamt lag 2013 und 2014 konstant bei 4 %.

Bei der Deutschen Rentenversicherung Berlin-Brandenburg wurden im Jahr 2014 1.997 Anträge für Kinder gestellt. Die Zahl der Bewilligungen stieg von 1.217 Leistungen im Jahr 2013 auf 1.311 im Berichtsjahr. Dies entspricht einer Steigerung von 7,7 %.

- **Onkologische Nachsorge**

Versicherten und Angehörigen wurden im Berichtszeitraum 5.275 Nach- und Festigungsbehandlungen bewilligt. Der Anteil ambulanter Leistungen war aufgrund der Schwere der Erkrankungen gleichbleibend gering.

- **Zuwendungen an Einrichtungen**

Der Vorstand der Deutschen Rentenversicherung Berlin-Brandenburg kann in Verbindung mit den Zuwendungsrichtlinien der Deutschen Rentenversicherung Berlin-Brandenburg an Organisationen und Einrichtungen, die auf dem Gebiet der Rehabilitation forschen oder die Rehabilitation fördern, Zuwendungen gewähren. Im Jahr 2014 erhielten ausgewählte Zuwendungsempfänger Fördergelder in Höhe von insgesamt 422 Tsd. EUR.

- **Aufwendungen**

Die Aufwendungen für die gesamten Rehabilitationsleistungen haben sich im Jahr 2014 gegenüber dem Vorjahr (203.6 Mio. EUR) um 4,8 % erhöht.

In der Kostensteigerung bei den Rehabilitationsleistungen spiegelt sich die demographische Entwicklung wider, dass heißt geburtenstarke Jahrgänge erreichen zunehmend das reha-intensive Alter. Für die kommenden Jahre ist aufgrund dieser Entwicklung und auch durch die Anhebung der Altersgrenzen für Altersrenten ein weiterer Anstieg zu erwarten.

<b>Kosten für Leistungen zur Teilhabe</b>		
	<b>2014</b>	
	in Tsd. EUR	in %
Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben und ergänzende Leistungen	58.147	27,3
Rehabilitation wegen allg. Erkrankungen einschl. Anschlussheilbehandlung	74.338	34,8
Rehabilitation wegen Krebserkrankungen	5.964	2,8
Rehabilitation wegen Abhängigkeitserkrankungen	27.128	12,7
Rehabilitation wegen psychischer Erkrankungen	24.596	11,5
Kinderheilbehandlungen	5.877	2,8
übrige Leistungen	17.312	8,1
<b>Summe</b>	<b>213.362</b>	<b>100,0</b>

## Sozialmedizinischer Dienst

Der Sozialmedizinische Dienst der Deutschen Rentenversicherung Berlin-Brandenburg hat im Jahr 2014 über 102.000 Aufträge zur medizinischen Stellungnahme erhalten. Dies entspricht einem Anstieg zum Vorjahr von ca. 3,5 %. Dabei wurden 4.310 Begutachtungen von Gutachterinnen und Gutachtern der Deutschen Rentenversicherung Berlin-Brandenburg durchgeführt.

## Rehabilitationskliniken

### Qualitätssicherungsprogramm der Rentenversicherung

Die eigenen Kliniken der Deutschen Rentenversicherung Berlin-Brandenburg, die Rehabilitationsklinik Hohenelse in Rheinsberg und die Rehabilitationsklinik Lautergrund in Bad Staffelstein/Schwabthal beteiligen sich am externen Qualitätssicherungsprogramm der Deutschen Rentenversicherung, in welchem Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität bewertet werden. Hierfür stehen folgende Instrumente zur Verfügung:

- die Rehabilitandenbefragung für die Beurteilung der Kundenzufriedenheit
- das Peer-Review-Verfahren für die Beurteilung der Prozessqualität
- die Auswertung der erbrachten Leistungen sowie des sozialmedizinischen Verlaufs für die Beurteilung der Ergebnisqualität
- die Erfassung der Strukturdaten zur Beurteilung der Strukturqualität.

Für eine zeitnahe Beurteilung der in unseren Kliniken erbrachten Rehabilitationsleistungen und deren Qualität erfolgen in regelmäßigen Abständen ergänzend Visitationen. Alle Maßnahmen bieten im Zusammenhang betrachtet gute Voraussetzungen, um bereits erzielte Ergebnisse nicht nur zu verstetigen, sondern noch weiter zu verbessern. Auch dienen sie dazu, Abläufe zu optimieren, um eine hohe Kundenzufriedenheit zu gewährleisten.

### Rehabilitationsklinik Hohenelse

Die Rehabilitationsklinik Hohenelse ist eine Fachklinik der Deutschen Rentenversicherung Berlin-Brandenburg für orthopädische und diabetologische Rehabilitation mit Anschlussheilbehandlung. Die Schwerpunkte liegen bei

orthopädischen Erkrankungen, Diabetes mellitus Typ 1, Typ 2 und Sonderformen bei Erwachsenen, dessen Folgeerkrankungen und bei Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Das Behandlungskonzept orientiert sich am bio-psycho-sozialen Krankheitsmodell, an den Grundsätzen der Qualitätssicherung der Deutschen Rentenversicherung und an den geltenden Leitlinien der Fachgesellschaften.

Die Rehabilitationsklinik Hohenelse ist eine anerkannte und zertifizierte Behandlungseinrichtung der Deutschen Diabetesgesellschaft DDG für Typ 1 und Typ 2 Diabetiker der Stufe 1. Die Klinik ist nach DIN ISO 9001:2008 und nach QMS-Reha Version 5 mit Stand 5. Oktober 2009 zertifiziert und rezertifiziert und führt ein jährliches Überprüfungsaudit durch. Sie verfügt über 190 Einzelzimmer, davon 24 Zimmer mit behindertengerechter Ausstattung.

- **Diagnostik und Therapie**

In der Rehabilitationsklinik Hohenelse werden alle Patientinnen und Patienten einem strukturierten zentralen Aufnahmemanagement unterzogen. In diesem wird je nach Haupteinweisungsdiagnose eine Diagnostik mit EKG, Gefäßstatus und Nervenstatus (z. B. bei Diabetikern) praktiziert.

Zusätzlich wird nach den Vorgaben der Landeshygieneverordnung ein MRSA-Screening durchgeführt. Dabei handelt es sich um ein Verfahren zur frühzeitigen Erkennung resistenter Bakterienstämme, das die Einleitung von Gegenmaßnahmen sowohl zur Heilung des betroffenen Patienten als auch zum Schutz der anderen Rehabilitandinnen und Rehabilitanden, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ermöglicht.

Im Ergebnis der ärztlichen Aufnahmeuntersuchung werden die Beeinträchtigungen des Rehabilitandin bzw. des Rehabilitanden zur Teilhabe erfasst und daraus die funktionellen Therapieziele gemeinsam mit den Versicherten abgestimmt und auf der Therapiekarte dokumentiert. Unter Zuhilfenahme der elektronischen Verordnung und unter Berücksichtigung der Therapiestandards der Deutschen Rentenversicherung wird der Therapieplan erstellt.

- **Leistungen**

Im Jahr 2014 konnten 3.255 Patientinnen und Patienten rehabilitiert werden. Den größten Anteil bildeten davon 2.231 Patientinnen und Patienten mit orthopädischen Erkrankungen. Bei 369 Patientinnen und Patienten wurde als Zweitindikation Diabetes diagnostiziert. 717 Patientinnen und Patienten wurden mit Erstindikation Diabetes mellitus Typ 1 und Typ 2 zugewiesen.



Die Rehabilitationsklinik Hohenelse befindet sich am Rheinsberger See im Norden Brandenburgs.

307 Patientinnen und Patienten wurden mit einer Herz-Kreislauf-Erkrankung eingewiesen. Zusätzlich wurden 46 Patientinnen und Patienten in der intensiven Rehabilitationsnachsorge (IRENA) betreut und bei 20 Patientinnen und Patienten wurden ambulante Rehabilitationsmaßnahmen durchgeführt. Das Präventionsprogramm „BETSI – Beschäftigungsfähigkeit teilhabeorientiert sichern“ wurde mit 74 Versicherten von Berliner Großbetrieben erfolgreich fortgeführt. Sonstige Prävention wurde für 96 Teilnehmerinnen und Teilnehmer realisiert.

Weitere Informationen werden auf der Internetseite [www.rehaklinik-hohenelse.de](http://www.rehaklinik-hohenelse.de) bereitgestellt und stetig aktualisiert.

### **Rehabilitationsklinik Lautergrund**

Die Rehabilitationsklinik Lautergrund der Deutschen Rentenversicherung Berlin-Brandenburg ist eine Fachklinik für orthopädische und unfallchirurgische Rehabilitation mit Anschlussheilbehandlung. Behandlungsschwerpunkte bilden orthopädische Erkrankungen, Unfall- und Verletzungsfolgen, Anschlussheilbehandlungen nach Operationen und chronische Erkrankungen des Stütz- und Bewegungsapparates. Auch diese Klinik ist nach der DIN EN ISO 9001:2008 seit 2009 zertifiziert und erfüllt damit die in § 20 SGB IX genannten Kriterien einer umfassenden Qualitätssicherung. Seit 2011 ist sie entsprechend den Anforderungen des von der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation anerkannten Qualitätsmanagementsystems QMS-REHA® zertifiziert. Die Klinik verfügt über 180 Betten. Die Zimmer für die Anschlussheilbehandlung verfügen über behindertengerechte Ausstattung.

- **Diagnostik und Therapie**

Das Diagnosespektrum umfasst u.a. Sonographie, EKG, Lungenfunktionsprüfung und ein klinisch-chemisches Labor. Das Therapiespektrum umfasst neben der medikamentösen Behandlung alle wesentlichen physikalischen Anwendungen, Sport- und Bewegungstherapie, Ergotherapie, Entspannungstherapie, psychologische Einzel- und Gruppentherapie sowie Ernährungsberatung und Reha- und Sozialberatung.

- **Leistungen**

Im Jahr 2014 wurden 2.679 Rehabilitandinnen und Rehabilitanden stationär behandelt. Bei 93,5 % der Patientinnen und Patienten wurden als Diagnose Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems und des Bindegewebes erhoben, bei den übrigen Patientinnen und Patienten standen sonstige Krankheiten im Vordergrund.

Weitere Informationen zur Rehabilitationsklinik Lautergrund sind der Internetseite [www.rehaklinik-lautergrund.de](http://www.rehaklinik-lautergrund.de) zu entnehmen.

In waldreicher Umgebung liegt die Rehabilitationsklinik Lautergrund.





## IV. Unternehmens- und Personalentwicklung

### Unternehmensplanung und -entwicklung

Die Unternehmensplanung und -entwicklung zielt auf eine kontinuierliche Weiterentwicklung der Organisation unter Anwendung gängiger Managementmethoden und -instrumente. Neben Megatrends wie dem demografischen Wandel, der Individualisierung und der Digitalisierung erzeugen Gesetzgebungsvorhaben einen hohen Veränderungsdruck innerhalb unserer Organisation.

### Unternehmensorganisation

Die Unternehmensorganisation berät und unterstützt die Geschäftsleitung und die Abteilungsleitungen bei der Erledigung der ihnen obliegenden Aufgaben im Hinblick auf Effektivität und Effizienz. Vor dem Hintergrund des wirtschaftlichen und sparsamen Umgangs mit den uns anvertrauten Finanzmitteln zählen dazu insbesondere

- die Optimierung von Arbeitsabläufen durch Verschlinkung von Prozessen und den Einsatz entsprechender Technik,
- die Anpassung von Strukturen zur Reduzierung von Schnittstellen und Leitungsspannen sowie
- die Leitung und Begleitung entsprechender Projekte.

Insofern sieht sich die Unternehmensorganisation auch in der Verantwortung, Qualitätsstandards für die vom Gesetzgeber für alle finanzwirksamen Maßnahmen geforderten Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen zu etablieren. Dies geschieht laufend durch entsprechende Schulungsmaßnahmen und Qualitätszirkel sowie durch die Begleitung und Überprüfung konkreter Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen.

In Abhängigkeit von den zu bewältigenden Arbeitsmengen hat die Unternehmensorganisation auch den für die Erledigung erforderlichen Personalbedarf festzustellen, laufend zu überprüfen und fortzuschreiben. Erstmals erfolgte die Personalbedarfsermittlung im Berichtsjahr für eine Organisationseinheit unter Einsatz einer Software, die eine Online-Zeitmessung für einzelne Arbeitsschritte ermöglicht und deren Auswertung wesentlich vereinfacht. Dem Anspruch nach effizienten Arbeitsabläufen insgesamt wurde so auch im eigenen Bereich Rechnung getragen.

Maßgeblich durch die Unternehmensorganisation begleitet wurden unter anderem Projekte zur Neukonzeption der Auskunft- und Beratungsdienste und zum Umstieg auf ein neues Personaldatenverwaltungssystem. Bedingt durch allgemeine technische Innovation sieht sich die Unternehmensorganisation immer wieder vor neue Herausforderungen gestellt, die sich eröffnenden Möglichkeiten gewinnbringend für die eigene Organisation zu nutzen und im Verbund mit den anderen Rentenversicherungsträgern weiter zu entwickeln.

## **Controlling und Berichtswesen**

Im Bereich Controlling und Berichtswesen laufen die steuerungsrelevanten Leistungskennzahlen und betriebswirtschaftlichen Daten des Trägers zusammen und werden dem Vorstand, der Geschäftsleitung sowie den Abteilungs-, Referats- und Teamleitungen in aufbereiteter Form zur Verfügung gestellt.

Das zentrale Berichtswesen als wichtiges Informationsinstrument für die Führungskräfte des Hauses wird permanent weiterentwickelt. Durch technische Verbesserungen können für die Anwenderinnen und Anwender relevante Daten in hoher Qualität und zeitnah zur Verfügung gestellt werden.

Neben den Leistungskennzahlen ist die Kosten- und Leistungsrechnung wesentliche Grundlage des Controllings. Kosten werden systematisch erfasst und verteilt sowie nach Kostenarten, Kostenstellen und Kostenträgern dargestellt. Im Berichtsjahr stand insbesondere die Weiterentwicklung der Kosten- und Leistungsrechnung für die IT-Produkte im Vordergrund.

Eine weitere, wichtige Aufgabe stellt das Benchmarking in der Rentenversicherung dar. Nach dem Grundsatz „Lernen vom Besten“ werden Auffälligkeiten in den Handlungsfeldern Wirtschaftlichkeit, Qualität, Kunden- und Mitarbeiterorientierung durch fortwährende trägerübergreifende Vergleiche von bundesweit einheitlichen Kennzahlen identifiziert und analysiert. Ergeben sich daraus mögliche Handlungsalternativen, werden diese mit den Verantwortlichen abgestimmt.

Die Benchmarkingprozesse mit der Deutschen Rentenversicherung Westfalen zum Thema „Prozessoptimierung in der Reha-Sachbearbeitung durch verstärkte Einbindung der technischen Möglichkeiten“ und mit der Deutschen Rentenversicherung Oldenburg-Bremen zum Thema „Prozessoptimierung bei Abrechnung von Eingliederungszuschüssen“ konnten im Jahr 2014 abgeschlossen werden.

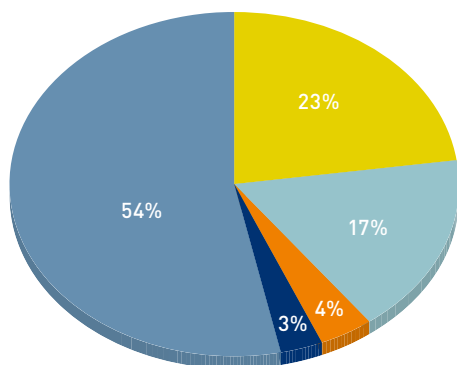
## **Beschäftigtenbefragung**

Im Berichtsjahr fanden bei allen Trägern der Deutschen Rentenversicherung Beschäftigtenbefragungen statt. Die Ergebnisse der Befragung zeigen für die Deutsche Rentenversicherung Berlin-Brandenburg ein grundsätzlich positives Bild. Insgesamt betrachtet sind mehr als 80 % der Beschäftigten mit ihrem Arbeitsverhältnis mindestens zufrieden.

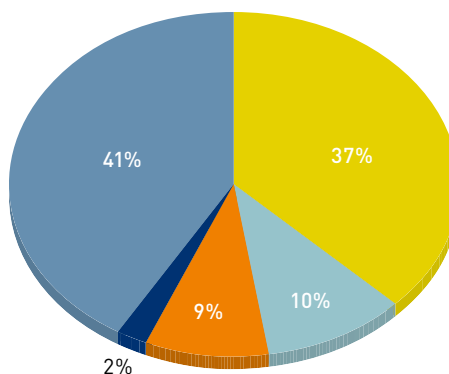
Die deutliche Mehrzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter würde sich bei der Wahl des Arbeitgebers wieder für die Deutsche Rentenversicherung Berlin-Brandenburg entscheiden. Die hohe Attraktivität als Arbeitgeber ist unter den sich verschlechternden demografischen Rahmenbedingungen ein erfreuliches Ergebnis.

### Wie zufrieden sind Sie insgesamt mit Ihrem Arbeitsverhältnis ?

Hauptverwaltung

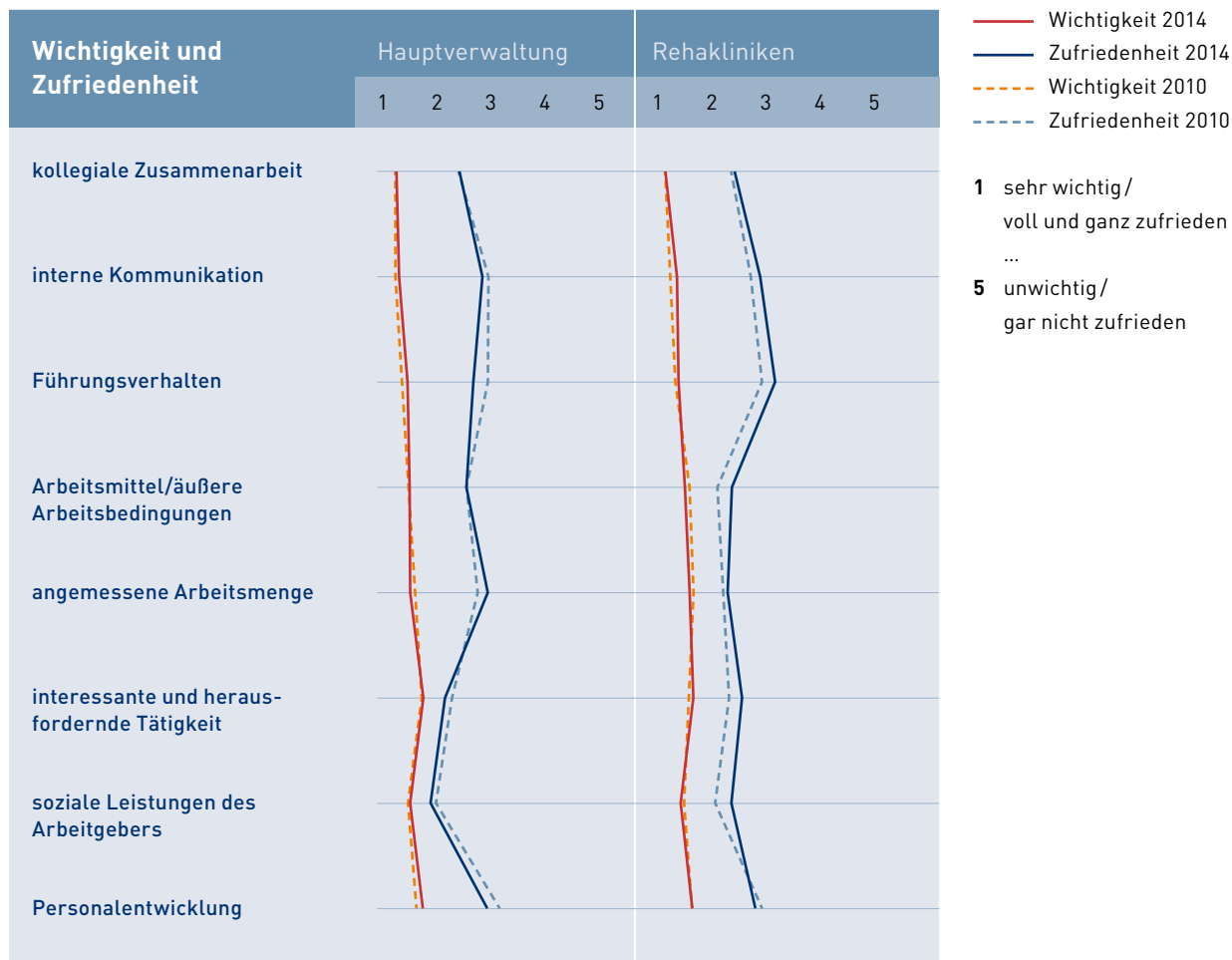


Rehakliniken



- äußerst zufrieden
- sehr zufrieden
- zufrieden
- weniger zufrieden
- unzufrieden

Gefragt nach Wichtigkeit und Zufriedenheit bezüglich einzelner Handlungsfelder zeigen sich die geringsten Abweichungen zwischen den beiden Dimensionen bei den sozialen Leistungen des Arbeitgebers und der interessanten und herausfordernden Tätigkeit. Größere Abweichungen sind bei der internen Kommunikation und der Wahrnehmung des Führungsverhalten zu verzeichnen. Das Jahr 2014 wurde von den zusätzlichen Aufgaben infolge des RV-Leistungsverbesserungsgesetzes geprägt. Dies hatte bei den Beschäftigten in den Hauptverwaltungen Auswirkungen auf die Zufriedenheit bezüglich einer angemessenen Arbeitsmenge.



## Datenschutz und IT-Sicherheit

Die Prüfung von Anspruchsvoraussetzungen und die Ermittlung der Art und Höhe von zustehenden Leistungen machen es für die Träger der gesetzlichen Rentenversicherung unabdingbar, eine Vielzahl von Daten von ihren Versicherten, den Rentnerinnen und Rentnern oder auch von Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern zu erheben, zu verarbeiten und zu nutzen. Die gesetzlichen Grundlagen zur Prüfung und Erbringung von Leistungen, aber auch die Vorschriften zum Schutz des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung der Betroffenen können dem Sozialgesetzbuch entnommen werden. Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Deutschen Rentenversicherung Berlin-Brandenburg, deren Daten zum Zwecke der Personalverwaltung benötigt werden, finden sich die diesbezüglichen Schutzvorschriften im Brandenburgischen Datenschutzgesetz.

Aufgrund der Menge und der Sensibilität der erhobenen und gespeicherten Daten legt die Deutsche Rentenversicherung Berlin-Brandenburg ein großes Augenmerk darauf, dass die Datenverarbeitung und die sonstigen organisatorischen Abläufe den gegenwärtigen und den absehbaren Anforderungen an einen gesetzeskonformen Schutz der Daten entsprechen und dass die Sicherheit der eingesetzten Informationstechnologie jederzeit gewährleistet ist.

Die Mitarbeiter des Bereiches Datenschutz und IT-Sicherheit beraten die Geschäftsleitung, die Fachbereiche sowie bei Bedarf einzelne Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Durch ergänzende Prüf- und Schulungsaktivitäten wirken sie darauf hin, dass in dem Bewusstsein der für die Einhaltung des Datenschutzes und der IT-Sicherheit verantwortlichen Personen dieses elementare Thema wie bisher präsent bleibt und weiterhin den gewohnt hohen Stellenwert genießt.

Bedeutende Vorfälle im Bereich des Datenschutzes und der IT-Sicherheit waren im Berichtsjahr erneut nicht zu verzeichnen. Auf Grund von Anfragen der Landesbeauftragten für den Datenschutz und das Recht auf Informationsfreiheit Brandenburg wurde der Sachverhalt ermittelt und die Rechtslage so ausführlich und abschließend dargestellt, dass weitere Schriftwechsel nicht erforderlich wurden.

Besonders erwähnenswert ist die datenschutzrechtliche Begleitung

- der Einführung von Software zur Durchführung von Personalbedarfs-ermittlungen sowie von modifizierter Software zur Reisekostenabrechnung,
- der Beschäftigtenbefragungen 2014 in der Hauptverwaltung und in den Rehabilitationskliniken sowie
- der Entwicklung und Einführung der Selbstbedienungsterminals.

## Personal

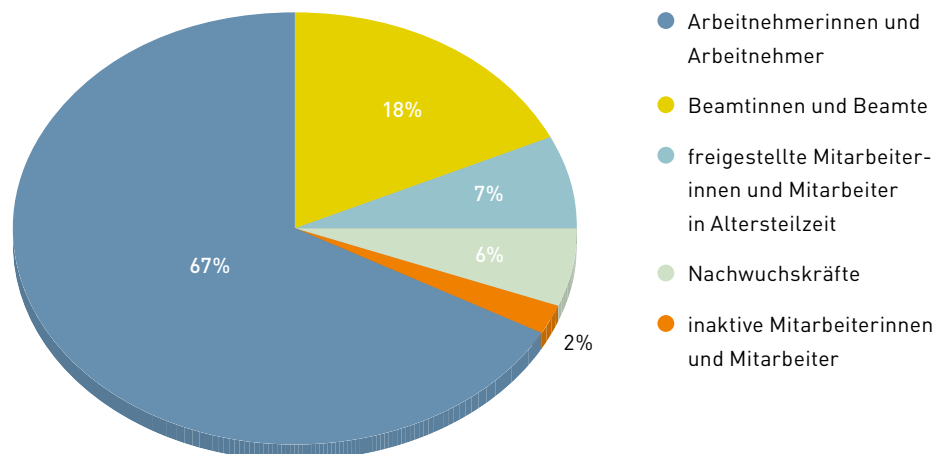
Am 31.12.2014 betreute das Referat Personal der Abteilung Unternehmensentwicklung 2.370 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.



## Gliederung des Personalbestandes zum 31. Dezember 2014

Beamtinnen und Beamte	417
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.590
Nachwuchskräfte	153
• Studierende im Studiengang „Sozialversicherung, B.A.“/„Sozialversicherungsrecht, LL.B.“	59
• Sozialversicherungsfachangestellte	83
• Kauffrau/Kaufmann für Bürokommunikation	3
• Kauffrau/Kaufmann für Büromanagement	1
• Köchin/Koch	5
• medizinische/r Fachangestellte/r	2
freigestellte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Altersteilzeit	162
inaktive Mitarbeiterinnen u. Mitarbeiter (Elternzeit, Sonderurlaub bzw. Zeitrente)	48
<b>insgesamt</b>	<b>2.370</b>
davon Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in	
• Klinik Hohenelse	109
• Klinik Lautergrund	123
Versorgungsempfängerinnen und -empfänger	233

## Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Stichtag 31. Dezember 2014



### • Beschäftigung schwerbehinderter Menschen

Die gesetzliche Pflichtquote für die Beschäftigung schwerbehinderter Menschen beträgt 5 %. Im Jahr 2014 wurde diese Quote mit 8,62 % deutlich überschritten. Eine weitere Steigerung zum Vorjahr (8,2 %) zeigt, dass die Deutsche Rentenversicherung Berlin-Brandenburg ihrer Verantwortung gegenüber Menschen mit einem Handicap in besonderer Weise nachkommt.

## schwerbehinderte Beschäftigte im Jahr 2014

Anzahl der Pflichtarbeitsplätze	besetzte Arbeitsplätze	Schwerbehindertenquote
111	191	8,62 %

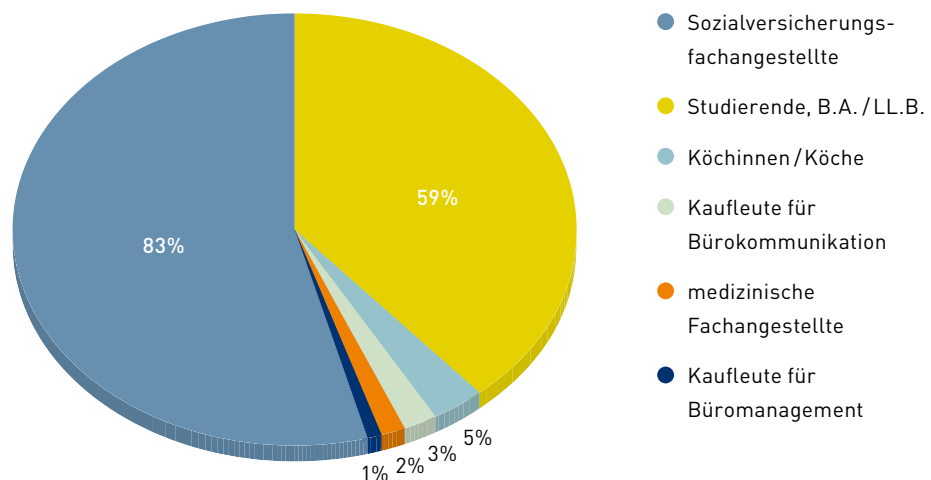
## Nachwuchskräfte

Am 31. Dezember 2014 waren bei der Deutschen Rentenversicherung Berlin-Brandenburg 153 Nachwuchskräfte in einer Ausbildung. 22 Studierende aus den Einstellungsjahren 2011 und 2012 wurden im dualen Studiengang „Sozialversicherung, B.A.“ ausgebildet, 37 Nachwuchskräfte der Einstellungsjahre 2013 und 2014 studierten dual „Sozialversicherungsrecht (LL.B.)“. 94 Nachwuchskräfte wurden bei der Deutschen Rentenversicherung Berlin-Brandenburg in einem der staatlich anerkannten Ausbildungsberufe „Sozialversicherungsfachangestellte/r – Fachrichtung gesetzliche Rentenversicherung –“ (83 Auszubildende), „Kauffrau/Kaufmann für Bürokommunikation“ (drei Auszubildende in der Rehabilitationsklinik Hohenelse) bzw. „Kauffrau/Kaufmann für Büromanagement“ (eine Auszubildende in der Rehabilitationsklinik Hohenelse), „Köchin/Koch“ (fünf Auszubildende, davon drei in der Rehabilitationsklinik Hohenelse und zwei Auszubildende in der Rehaklinik Lautergrund) sowie „medizinische/r Fachangestellte/r“ (zwei Auszubildende in der Rehabilitationsklinik Lautergrund) ausgebildet.

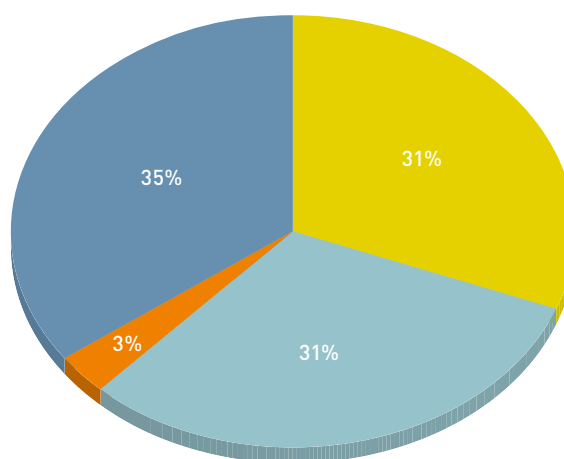
Insgesamt stellt sich die Ausbildungssituation wie folgt dar:

Ausbildungssituation zum 31. Dezember 2014							
Einstellungs-jahr	Studierende B.A. /LL.B.	SVfa	Kaufleute f. Bürokommunikation	Kaufleute f. Büromanagement	Köchinnen/ Köche	med. FA	Summe
2011 (Wdh.)	3		1		2		4
2012	19	25	1		1	1	48
2013	17	28	1		2	1	48
2014	20	30		1			53
<b>Summe</b>	<b>59</b>	<b>83</b>	<b>3</b>	<b>1</b>	<b>5</b>	<b>2</b>	<b>153</b>

### Ausbildungsverhältnisse nach Berufsbild



## Nachwuchskräfte nach Einstellungsjahr



- 2014 (20 Studierende, LL.B., 30 SVfa, 1 K. f. Büro-management, 2 Köche)
- 2013 (17 Studierende, LL.B., 28 SVfa, 1 K. f. Büro-kommunikation, 1 Koch, 1 med. FA)
- 2012 (19 Studierende, B.A., 25 SVfa, 1 K. f. Büro-kommunikation, 2 Köche, 1 med. FA)
- 2011 Wdh. (3 Studierende, B.A., 1 K. f. Büro-kommunikation)

Weiterhin haben im Berichtsjahr 22 Nachwuchskräfte ihr Studium bzw. ihre Ausbildung mit den nachstehenden Ergebnissen erfolgreich beendet:

Bachelor-Studierende des Einstellungsjahres 2011	Auszubildende SVfa des Einstellungsjahres 2011
4 mal „gut“, 5 mal „befriedigend“	3 mal „gut“, 6 mal „befriedigend“, 4 mal „ausreichend“

Darüber hinaus haben zehn weitere Prüfungsteilnehmerinnen und -teilnehmer (neun aus der Qualifizierungsmaßnahme „Lehrgang mittlerer Dienst“ sowie ein ehemaliger Inspektoranwärter des Einstellungsjahres 2008) die Abschlussprüfung zum „Sozialversicherungsfachangestellten – Fachrichtung gesetzliche Rentenversicherung –“ bestanden.

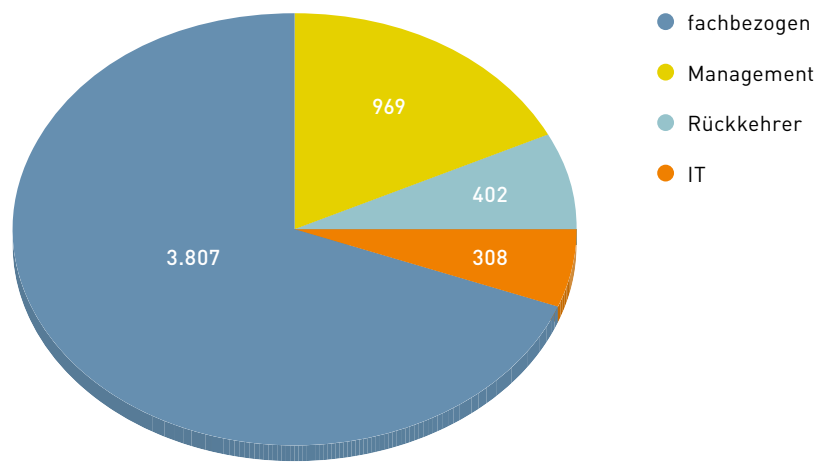
Die Einstellungszahlen wurden auch im Einstellungsjahr 2014 mit insgesamt 53 neu gewonnenen Nachwuchskräften auf kontinuierlich hohem Niveau fortgeschrieben.

Die Ausbildungs- bzw. Studierendenverträge für das Einstellungsjahr 2015 konnten bereits im Dezember 2014 unterzeichnet werden. Insgesamt gingen 579 Bewerbungen ein, davon 313 für den dualen Studiengang und 266 für die Ausbildung zur/zum Sozialversicherungsfachangestellten.

## Qualifizierungsmaßnahmen

Im Jahr 2014 wurden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hauses durch interne und externe Schulungsmaßnahmen in fachlichen, IT-bezogenen oder in Managementthemen (inklusive Führungskräftebildungen) geschult. Des Weiteren wurden im Ausbildungsbereich der Personalentwicklung Beschäftigte, die nach längerer Abwesenheit, zum Beispiel auf Grund von Elternzeit oder eines Sabbaticals, an ihren Arbeitsplatz zurückkehrten, zur Wiedereingliederung eingearbeitet. Die Grafik zeigt die Verteilung nach Schulungsthemen, gemessen in Weiterbildungstagen.

## Weiterbildungstage



### Entwicklungsmaßnahmen für Führungskräfte

Das Entwicklungsprogramm für Führungskräfte wurde 2014 – anders als in den Vorjahren – insbesondere auf individuelle Seminarangebote auf Grundlage des Mitarbeiter- und Qualifizierungsgespräches ausgerichtet. Im Rahmen des Programms wurde unter anderem eine Pflichtveranstaltung „Führungsverständnis und rechtliche Aspekte in der Führung“ und eine Zusatzveranstaltung „Psychische Erkrankungen erkennen und ansprechen“ angeboten. Die Job Family Workshops wurden von den verschiedenen Organisationsbereichen selbständig fortgeführt.

Das Konzept beinhaltete folgende Themen:

#### Zielgruppe Referatsleiter, Teamleiter, Bereichsleiter und deren Stellvertreter

- Pflichtveranstaltung:  
Führungsverständnis und rechtliche Aspekte in der Führung
- Zusatzveranstaltung:  
Psychische Erkrankungen erkennen und ansprechen

#### Zielgruppe neu eingesetzte Führungskräfte

- Pflichtveranstaltung:  
Trägerübergreifendes Führungskräfteprogramm (3 Module) der Deutschen Rentenversicherung Bund für neu eingesetzte Führungskräfte

Des Weiteren haben alle Führungskräfte die Möglichkeit, sich von der Geschäftsleitung in dem dafür eigens angelegten Format „Dialog am Morgen“ sowie am Führungskräftetag zu übergreifenden Themen regelmäßig informieren zu lassen und in den Gedankenaustausch zu treten.

Es wurden 39 Veranstaltungen durchgeführt, davon 5 eintägige, 15 zweitägige, 18 dreitägige und 1 viertägige Veranstaltung an 93 Seminartagen.

## Betriebliches Gesundheitsmanagement und Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Das betriebliche Gesundheitsmanagement ist seit drei Jahren ein fester Bestandteil unserer Unternehmensphilosophie. Uns ist es wichtig, unsere Beschäftigten langfristig gesund und arbeitsfähig im Prozess des Berufsalltags zu erhalten und zu fördern. Zur Erreichung dieser Zielsetzung wurden 2014 verschiedene Maßnahmen eingeführt und ausgebaut.



Das Projekt „Ausbildung von Ergonomielotsen“ wurde im Berichtsjahr mit dem VBG Arbeitsschutzpreis in Gold in der Kategorie „Denk an mich. Dein Rücken“ ausgezeichnet.

Zur Gesunderhaltung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben ein essentieller Baustein. Vor diesem Hintergrund wurden auch in diesem Themenfeld zahlreiche Maßnahmen (unter anderem die flexible Arbeitszeitgestaltung für Arbeitskräfte in Teilzeit und das Weihnachtsbacken der Beschäftigten mit ihren Kindern) eingeleitet, um die Familienfreundlichkeit der Deutschen Rentenversicherung Berlin-Brandenburg weiter zu verbessern.



## V. Servicebereiche innerhalb des Hauses

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Unternehmensservices sorgen vor allem für den reibungslosen Geschäftsbetrieb und unterstützen dadurch die Arbeit aller Beschäftigten in unserem Haus.

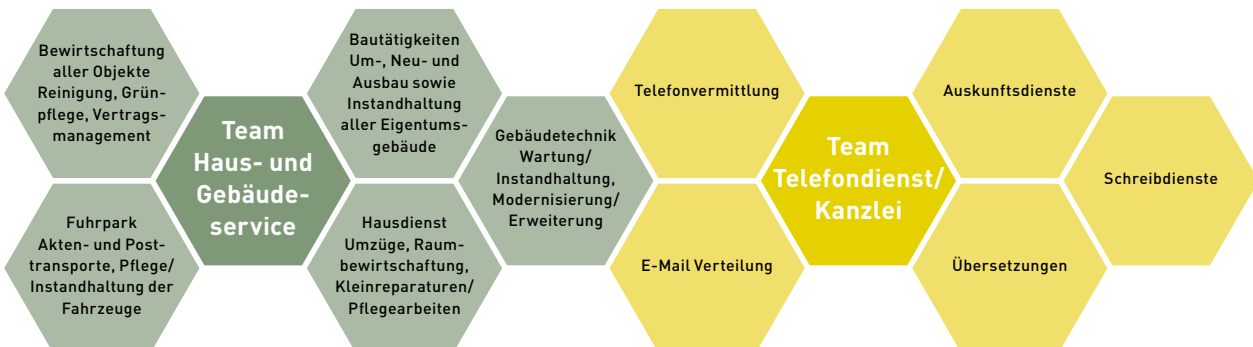
### Allgemeine Services

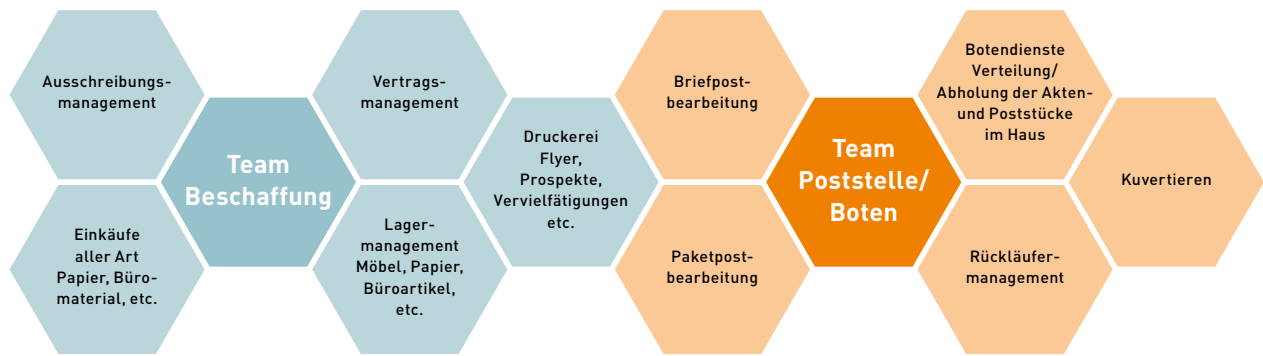
Das Referat Allgemeine Services erledigt mit ca. 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in vier Teams vielfältige Aufgaben in allen Häusern der Deutschen Rentenversicherung Berlin-Brandenburg, einschließlich der Auskunft- und Beratungsstellen und mit Ausnahme der Rehabilitationskliniken.

#### • Der Aufbau



#### • Die Aufgaben

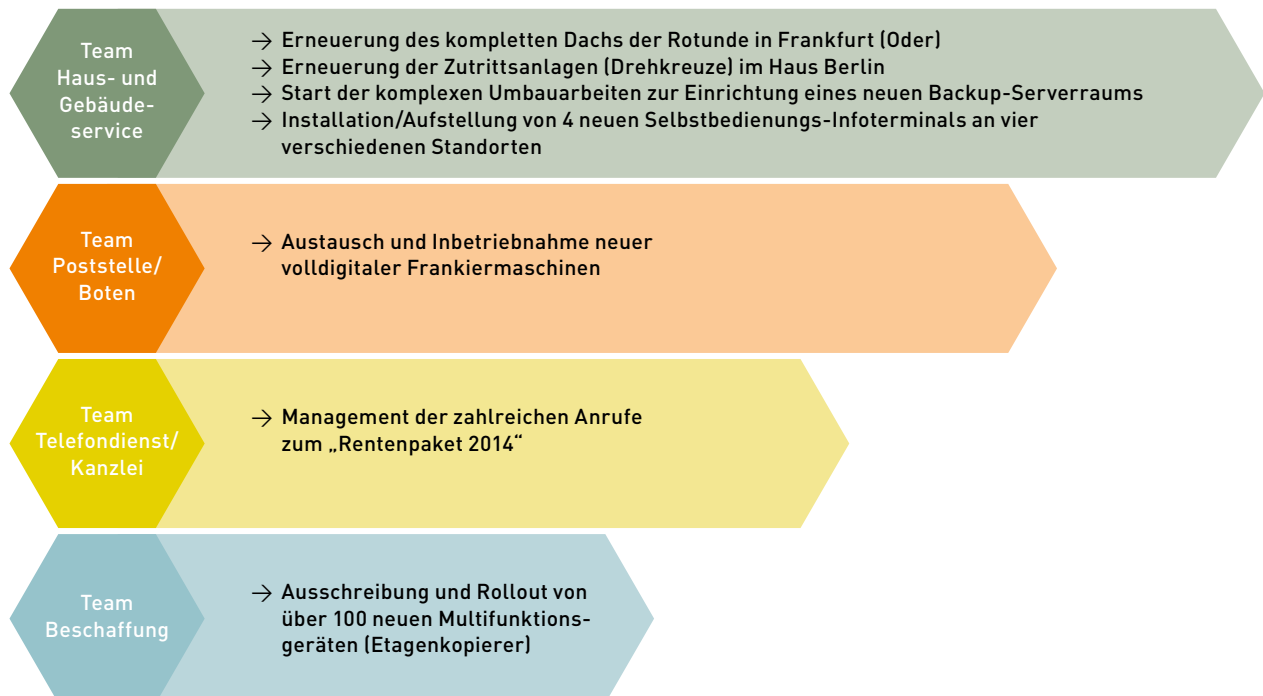




Das Jahr 2014 wurde vor allem durch die komplette Erneuerung des Rotundendachs am Sitz Frankfurt (Oder) geprägt.

Dieses Bauvorhaben wurde im Februar begonnen und stellte die Baufirmen vor besondere Herausforderungen. Das Dach mit einer lichten Höhe von 17 Metern und einem Durchmesser von 37 Metern musste komplett von innen eingerüstet werden. Gleichzeitig sollte der laufende Kunden- und Geschäftsbetrieb weiterhin gewährleistet bleiben. Das Glasdach, welches bereits Undichtigkeiten aufwies, wurde komplett entfernt und durch ein Dach in Sandwichbauweise, mit mehreren eingearbeiteten großen Oberlichtern, ersetzt. Dabei musste stets sichergestellt werden, dass kein Regenwasser in den Innenbereich eintritt.

Nach nur fünf Monaten konnte dieses Bauvorhaben im Juni erfolgreich abgeschlossen werden.



## Finanzen: Aktuelle Zahlen und Daten

Für die Deutsche Rentenversicherung Berlin-Brandenburg ist eine Jahresrechnung zu erstellen, die Auskunft über den bilanzseitigen Stand sowie über die Einnahmen- und Ausgabensituation auch im Vergleich zu den geplanten Erwartungen gibt.

Die Rechtsgrundlagen für die Jahresrechnung sind:

- § 77 SGB IV
- §§ 27 ff. Verordnung über das Haushaltswesen in der Sozialversicherung (SVHV) vom 21. Dezember 1977
- § 18 Verordnung über den Zahlungsverkehr, die Buchführung und die Rechnungslegung in der Sozialversicherung (SVRV) vom 15. Juli 1999
- §§ 37 ff. Allgemeine Verwaltungsvorschrift über das Rechnungswesen in der Sozialversicherung (SRVwV) vom 15. Juli 1999.

### Jahresrechnung

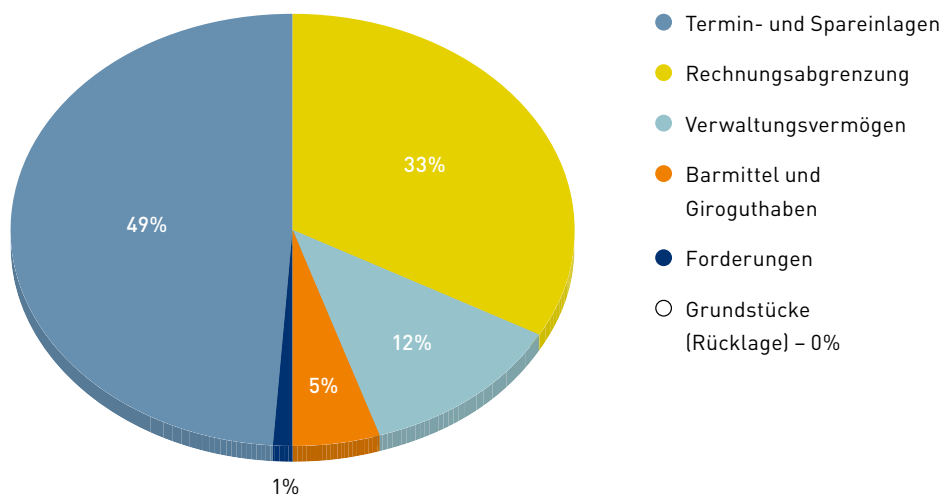
Die Jahresrechnung umfasst nach der Verordnung über das Haushaltswesen in der Sozialversicherung die Vermögens- und Haushaltsrechnung.

#### • Vermögensrechnung

#### Aktiva

Die Übersicht nach Anlagearten ist im Diagramm „Vermögen (Anlagearten) per 31. Dezember 2014“ dargestellt. Die liquiden Mittel, die aus Barmitteln und Giroguthaben sowie Termineinlagen bestehen, betragen zum Jahresende 689,5 Mio. EUR.

**Vermögen  
(Anlagearten) per  
31. Dezember 2014**



Die Forderungen bezifferten sich auf rund 18,8 Mio. EUR. Diese Position umfasst die Forderungen auf überzahlte Renten in Höhe von 13,2 Mio. EUR, auf überzahlte Zusatzleistungen in Höhe von 1,8 Mio. EUR und sonstigen Forderungen in Höhe von 3,8 Mio. EUR.

Der Gliederung des Kontenrahmens folgend, sind auf der Aktivseite der Bilanz die Grundpfandrechte, Grundstücke, Versorgungsrücklage und Beteiligungen



mit ihrem Buchwert darzustellen, die nicht dem Verwaltungsvermögen zugehörig sind. Für die Deutsche Rentenversicherung Berlin-Brandenburg sind dies hauptsächlich die Mittel der Versorgungsrücklage und des Versorgungsfonds in Höhe von 2,9 Mio. EUR und die Grundstücke des Altvermögens mit einem Buchwert in Höhe von 0,6 Mio. EUR.

Grundstücke (einschließlich Gebäude), Gegenstände der beweglichen Einrichtung, Beteiligungen und Darlehen gehören unter den in der SRVwV aufgeführten Voraussetzungen zum Verwaltungsvermögen. Zum 31. Dezember 2014 belief sich das Verwaltungsvermögen unter Berücksichtigung der im Berichtsjahr getätigten Investitionen sowie der Abschreibungen auf 151,9 Mio. EUR. Die Struktur der Einnahmen und Ausgaben für den Investitionshaushalt sind der Tabelle zu entnehmen.

<b>Endgültige Vermögensrechnung für das Jahr 2014</b>		
<b>Kontengruppe bzw. Kontenart</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Endbestand EUR</b>
00	Barmittel und Giro Guthaben	66.015.932,60
01	Termin- und Spareinlagen	623.500.000,00
02/03	Forderungen	18.848.258,89
07	Grundstücke (Rücklage)	3.557.965,53
08	Verwaltungsvermögen*	151.899.451,33
09	Rechnungsabgrenzung	417.000.644,39
	<b>Kontenklasse 0 insgesamt:</b>	<b>1.280.822.252,74</b>
	*] davon:	
080	bebaute Grundstücke für die Verwaltung	101.633.235,15
081	bebaute Grundstücke für die Eigenbetriebe	34.766.457,21
084	bewegliche Einrichtung für die Verwaltung	2.589.592,83
085	bewegliche Einrichtung für die Eigenbetriebe	629.114,32
087	Beteiligungen	10.271.003,60
088	Wohnungsfürsorgedarlehen an Bedienstete	229.782,03
089	Wohnungsfürsorgedarlehen an Bedienstete	1.780.266,19
12/13	Verpflichtungen	9.910.345,96
14	Verwahrungen	34.331.789,08
15	Versorgungsrücklage	2.917.373,18
18	Rechnungsabgrenzung und sonstige Passiva	113.835.746,70
19	Reinvermögen (Überschuss der Aktiva)**	1.523.161.799,66
	<b>Kontenklasse 1 insgesamt:</b>	<b>1.684.157.054,58</b>
	**] davon:	
190	Verwaltungsvermögen	151.899.451,33
195	Nachhaltigkeitsrücklage nach § 216 SGB VI	1.118.512.679,70
196	Sonstiges Reinvermögen	252.749.668,63

Die aktiven Posten der Rechnungsabgrenzung betragen 417,0 Mio. EUR. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um die Abgrenzung für vorausgezahlte Versicherungsleistungen (Postvorschüsse für die Renten im Januar 2015).

## Investitionshaushalt 2014 (Tsd. EUR)

Einnahmen		Ausgaben für das Verwaltungsvermögen			
		Verwaltung		Eigenbetriebe	
Abschreibungen	6.379	bauliche Maßnahmen	303	Hohenelse	7
				Lautergrund	54
Rückflüsse	127	bewegliche Einrichtung	1.930	Hohenelse	72
				Lautergrund	56
<b>insgesamt</b>	<b>6.506</b>		<b>2.233</b>		<b>189</b>

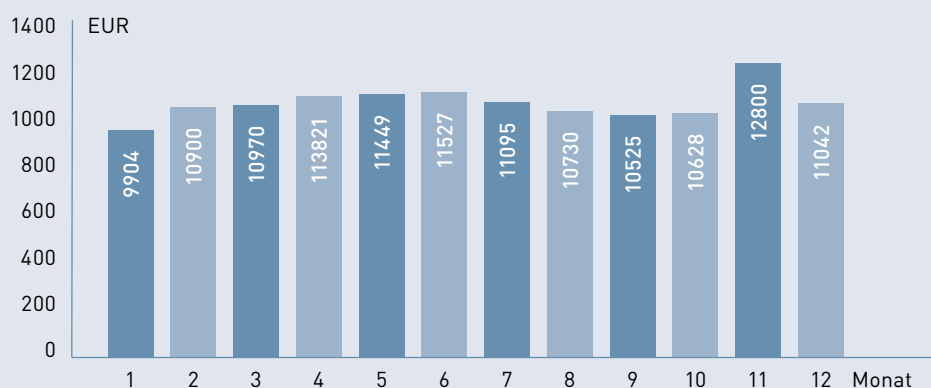
### Passiva

Die Verpflichtungen betragen am Ende des Geschäftsjahres 9,9 Mio. EUR. Hiervon sind 5,6 Mio. EUR den Verpflichtungen aus Leistungen zur Teilhabe und 4,3 Mio. EUR den Verwaltungs- und Verfahrenskosten zuzuordnen. Die passiven Rechnungsabgrenzungen betragen 113,8 Mio. EUR. Sie beinhalten hauptsächlich den im Haben dargestellten vorausgezählten Bundeszuschuss für die Rentenzahlungen Januar 2015 in Höhe von 172,3 Mio. EUR und den sich aus Buchungsvorgaben der Deutschen Rentenversicherung Bund ergebenden Soll-Betrag von 59,4 Mio. EUR. Das Reinvermögen (Überschuss der Aktiva) in Höhe von 1.523,2 Mio. EUR ist in der Tabelle „Endgültige Vermögensrechnung für das Jahr 2014“ dargestellt. Es umfasst das Verwaltungsvermögen mit 151,9 Mio. EUR, die Nachhaltigkeitsrücklage nach § 216 SGB VI in Höhe von 1.118,5 Mio. EUR und das sonstige Reinvermögen in Höhe von 252,7 Mio. EUR.

Die Träger der allgemeinen Rentenversicherung verfügen nach §216 SGB VI über eine gemeinsame Nachhaltigkeitsrücklage, der die Überschüsse der Einnahmen über die Ausgaben zugeführt werden und aus der Defizite gedeckt werden. Die Nachhaltigkeitsrücklage wird von der Deutschen Rentenversicherung Bund verwaltet, soweit sie nicht über einen längeren Zeitraum den Umfang von 0,5 Monatsausgaben überschreitet. Bei längerfristiger Überschreitung ist der überschreitende Teil von der Regionalebene und der Bundesebene zu verwalten.

Die günstige Entwicklung der Finanzen in der allgemeinen Rentenversicherung hat dazu geführt, dass auch 2014 ein Teil der Nachhaltigkeitsrücklage von den Rentenversicherungsträgern eigenständig verwaltet werden konnte. Nach

**Die Entwicklung der Nachhaltigkeitsrücklage der Regionalträger im Jahr 2014 zum Monatsende in Mio. EUR**

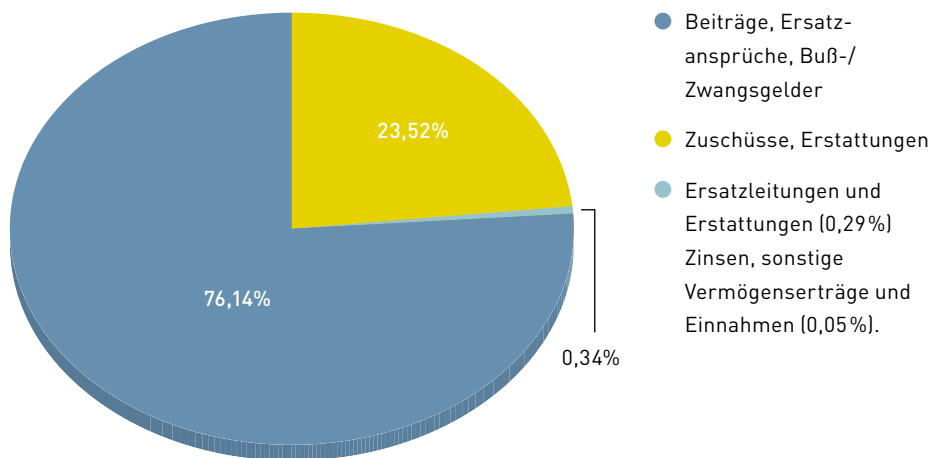


§ 219 SGB VI wird sie einschließlich der Erträge im Rahmen des Finanzverbundes innerhalb der Rentenversicherung den Trägern der allgemeinen Rentenversicherung nach dem Verhältnis ihrer Beitragseinnahmen zugeordnet. Die Nachhaltigkeitsrücklage ist gemäß § 217 SGB VI liquide anzulegen. Als liquide gelten alle Vermögensanlagen mit einer Laufzeit, Kündigungsfrist oder Restlaufzeit bis zu 12 Monaten. Das Diagramm veranschaulicht die unterjährige Entwicklung der Nachhaltigkeitsrücklage im Jahr 2014 zum Monatsende.

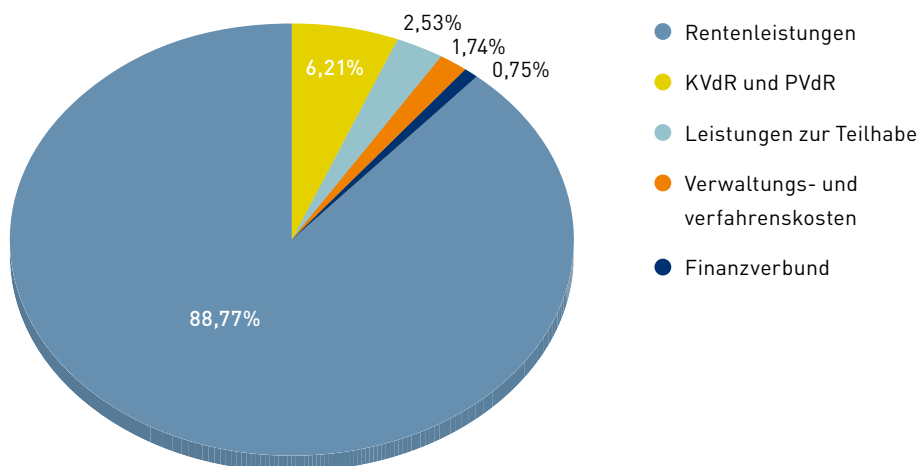
### Haushaltsrechnung – Erfolgsrechnung

Die prozentuale Struktur der Einnahmen und Ausgaben 2014 ist den folgenden Diagrammen und die Haushaltsrechnung als Bestandteil der Jahresrechnung ist in der Tabelle „Endgültige Erfolgsrechnung für das Jahr 2014“ dargestellt.

#### Einnahmen 2014



#### Ausgaben 2014

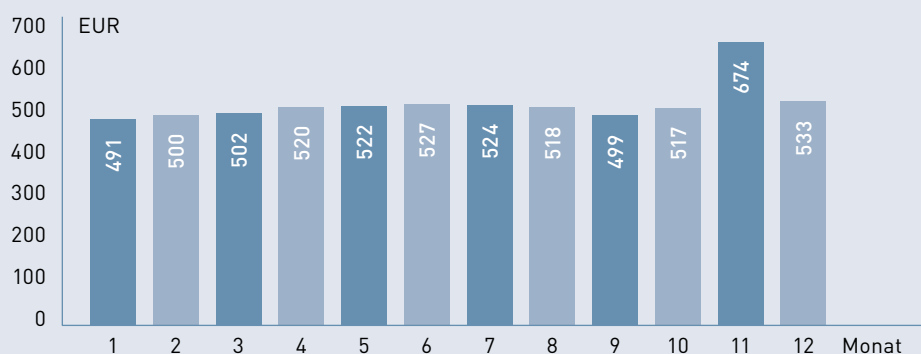


#### Einnahmen

Die Beiträge (Pflichtbeiträge, Freiwillige Beiträge, Höherversicherungsbeiträge sowie sonstige Beiträge) erreichten 6.416,4 Mio. EUR und lagen über dem Haushaltsansatz. Die monatliche Entwicklung der Beitragseinnahmen ist dem entsprechenden Diagramm zu entnehmen.

Von den Beitragseinnahmen entfielen auf Pflichtbeiträge 5.800,3 Mio. EUR, auf freiwillige und sonstige Beiträge 86,3 Mio. EUR, auf Beiträge der Bundesagentur

### Entwicklung der Beitragseinnahmen im Jahr 2014 in Mio. EUR



für Arbeit 114,6 Mio. EUR und auf Beiträge für Kindererziehungszeiten und Pflegepersonen 414,2 Mio. EUR.

Die Einnahmen nach Schadensersatzansprüchen aus dem Beitragseinzugsverfahren (Pflichtbeiträge) sowie von Buß- und Zwangsgeldern betragen 8,7 Mio. EUR. Die Einnahmen aus Bundesmitteln gemäß § 213 SGB VI betragen 1.960,8 Mio. EUR.

Die Einnahmen aus Erstattungen und Ersatzleistungen betragen 24,2 Mio. EUR, davon entfallen auf Erstattungen für Leistungen zur Teilhabe 0,1 Mio. EUR, auf Erstattungen durch den Träger der Versorgungslast 20,7 Mio. EUR, auf Erstattungen für arbeitsmarktbedingte Erwerbsminderungsrenten durch die Bundesagentur für Arbeit 3,2 Mio. EUR sowie auf Erstattungen für Kranken- und Pflegeversicherung der Rentner 0,2 Mio. EUR.

### Ausgaben

Für Leistungen zur Teilhabe beliefen sich die Ausgaben auf 213,3 Mio. EUR. Die Gesamtausgaben an Leistungen für Renten betragen insgesamt 8.019,3 Mio. EUR für das Jahr 2014. Die Zuschüsse zu den Aufwendungen für die Krankenversicherung der Rentner sind mit einem Betrag in Höhe von 524,3 Mio. EUR ausgewiesen. Die Aufwendungen für Beitragserstattungen betragen 2,9 Mio. EUR. Die Ausgaben für Vermögens- und sonstige Aufwendungen entfielen mit 63,5 Mio. EUR überwiegend auf Ausgaben für den Finanzverbund. Die Verwaltungs- und Verfahrenskosten beliefen sich auf 146,5 Mio. EUR.

Für die Aufwendungen der Leistungen zur Teilhabe wurde für die Deutsche Rentenversicherung Berlin-Brandenburg ein Anteil an den endgültigen Gesamtbeträgen nach § 220 SGB VI in Höhe von 227,0 Mio. EUR festgesetzt. Die endgültigen Reinausgaben für Leistungen zur Teilhabe beliefen sich im Jahr 2014 auf 207,8 Mio. EUR, damit wurde der Anteil unterschritten.

Nachdem die Einsparvorgaben für Verwaltungs- und Verfahrenskosten nach § 220 Abs. 3 SGB VI im Jahr 2010 erreicht worden sind, wurden die Ausgabenobergrenzen für die Haushalte auf dieser Grundlage fortgeschrieben. Die Ausgabenobergrenze der Deutschen Rentenversicherung Berlin-Brandenburg für das Jahr 2014 betrug 155,7 Mio. EUR.

Die Reinausgaben für Verwaltungs- und Verfahrenskosten beliefen sich im Jahr 2014 auf 145,5 Mio. EUR. Die Deutsche Rentenversicherung Berlin-Brandenburg hat demnach ihre Ausgabenobergrenze für das Jahr 2014 um 10,2 Mio. EUR unterschritten.

## Endgültige Erfolgsrechnung für das Jahr 2014 – Kontenklasse 2 bis 7

Konten- klasse	Konten- gruppe	Bezeichnung	Einnahmen EUR	Ausgaben EUR
2	20–23	Beiträge	6.416.406.051,68	
	24	Schadenersatzansprüche aus dem Beitrags- einzugsverfahren, Buß- und Zwangsgelder	8.749.204,36	
	25, 26	Einnahmen aus Bundesmitteln und Erstattungen von den Versorgungsdienststellen	1.985.033.998,64	
3	30–31	Zinsen und sonstige Vermögenserträge	3.294.362,30	
	33–35	Ersatzleistungen und Erstattungen	24.189.376,91	
	36	Gewinne der Aktiva und Passiva	7.929,94	
	37	Einnahmen aus dem Finanzverbund	0,00	
	39	Sonstige Einnahmen	987.824,67	
4	40–44	Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und ergänzende Leistungen, Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben und ergänzende Leistungen, Sozialversicherungsbeiträge für Rehabilitanden		195.817.665,63
	45	Wanderversicherungsausgleich zwischen knapp- schaftlicher und allgemeiner Rentenversicherung		2.390.542,74
	46, 47	Sonstige Leistungen nach § 31 SGB VI		15.079.868,73
	48	Persönliches Budget		3.838,42
5	50–54	Renten, sonstige Rentenleistungen, Zusatz- leistungen und Leistungen für Kindererziehung,		7.492.098.377,00
	56	Aufwendungen für die Pflegeversicherung der Rentner		-2.650,05
	58	Aufwendungen für die Krankenversicherung der Rentner		524.309.382,42
	59	Beitragserstattungen		2.882.577,98
6	60, 61, 66, 69	Schuldzinsen, sonstige Vermögens- aufwendungen, Verluste der Aktiva und Passiva, sonstige Aufwendungen		536.830,54
	67	Ausgaben für den Finanzverbund		62.932.122,05
7	70–72	Personalbezogene Kosten		101.890.414,09
	73–76	Sächliche Kosten		18.798.717,44
	77	Kosten der Rechtsverfolgung		1.041.728,52
	78	Kosten des Sozialmedizinischen Dienstes		10.288.409,37
	79	Vergütungen an andere für Verwaltungszwecke		14.467.831,77
		<b>Summe der Kontenklassen 2 - 7</b>	<b>8.438.668.748,50</b>	<b>8.442.535.656,65</b>
		<b>Überschuss der Ausgaben</b>	<b>3.866.908,15</b>	
		<b>Summe:</b>	<b>8.442.535.656,65</b>	<b>8.442.535.656,65</b>

## Informationstechnologie

Das strategische Referat Informationstechnologie (IT) stellt sich als serviceorientierter interner Dienstleister dar. Es gliedert sich als Teil der Abteilung Unternehmensservices in die Teams IT-Management, Anwendungsprogrammierung RuG, Anwendungsprogrammierung RuV, Arbeitsplatz-Anwendungen und Service sowie Betrieb.

Die Deutsche Rentenversicherung Berlin-Brandenburg nutzt als Kernanwendung das Rentenversicherungssystem der Deutschen Rentenversicherung „rvDialog“ und ist darüber hinaus auch aktiv an dessen Weiterentwicklung in den Bereichen Rehabilitationsstatistik, Kontoumschlüsselung bei Folgerenten und einem Teil der Fehlerprüfungen beteiligt.

Für betriebswirtschaftliche Verfahren kommt das in der Deutschen Rentenversicherung entwickelte „Gemeinsame Betriebswirtschaftlichen System“ (GBWS) zum Einsatz.

### Zusammenarbeit in der Deutschen Rentenversicherung auf dem Gebiet der Informationstechnologie

Besonders zu erwähnen sind dabei:

- Die Kooperationsvereinbarung zur wirtschaftlichen Erbringung von IT-Leistungen (KoweIT).
- Die Kooperation mit der Deutschen Rentenversicherung Bund zur gemeinsamen Nutzung von Rechenzentrumsflächen, Speichersystemen und dem Betrieb eines gemeinsamen Diagnostikums.
- Die Kooperation mit der Deutschen Rentenversicherung Braunschweig-Hannover auf den Gebieten Druck und Versand.
- Die Zusammenarbeit mit der Deutschen Rentenversicherung Oldenburg-Bremen u. a. auf dem Gebiet der Bürokommunikation (Team Office).

## Justizariat

Zu den Aufgaben des Referates gehören die Bearbeitung von allgemeinen Rechtssachen, von Regresssachen (Sozialversicherungsregress, Arbeitgeber- bzw. Dienstherrnregress) sowie die Feststellung bzw. Einziehung sonstiger Forderungen.

Der Leiter des Referates bzw. im Verhinderungsfall dessen Vertreterin führt den Vorsitz im Prüfungs- und Bewertungsausschuss für das betriebliche Vorschlagswesen.

### Allgemeine Rechtssachen

Zu diesem Sachgebiet gehören insbesondere:

- Beraten der Geschäftsleitung in Rechtsfragen
- Bearbeiten besonderer Angelegenheiten nach Weisung der Geschäftsleitung
- Beraten sowie Bearbeiten besonderer Fälle der Abteilungen bzw. Geschäftsbereiche in allgemeinen Rechtssachen
- Bearbeiten aller Prozesssachen mit Ausnahme der Verfahren vor den Sozialgerichten und den Familiengerichten (Versorgungsausgleich)

- Bearbeiten von Strafanzeigen
- Klären der mit dem Selbstverwaltungsrecht zusammenhängenden Rechtsfragen
- Ausarbeiten von Verträgen
- Bearbeiten der sich aus den Mitgliedschaften zum Berufsförderungswerk Berlin-Brandenburg e.V. und dem Bildungszentrum Erkner der betrieblichen Krankenversicherung und der Rentenversicherung e.V. ergebenden Rechtsfragen
- Betreuen der Rechtsreferendare bei der Deutschen Rentenversicherung Berlin-Brandenburg

## Regress

- **Leistungsregress**

Neben den Altersrenten gewährt die Deutsche Rentenversicherung Berlin-Brandenburg Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und Teilhabe am Arbeitsleben, Renten wegen Erwerbsminderung sowie Renten an die Hinterbliebenen des Versicherten.

Diese Leistungen setzen eine Gesundheitsbeeinträchtigung bzw. den Tod des Versicherten voraus. In den Fällen, in denen Dritte für die Schädigung verantwortlich sind, können diese wegen der Gesundheitsbeeinträchtigung bzw. Tötung des Versicherten schadensersatzrechtlich in Anspruch genommen werden. Soweit die Deutsche Rentenversicherung Berlin-Brandenburg dann Leistungen an ihre Versicherten oder Hinterbliebenen erbringt, gehen diese Schadensersatzansprüche nach § 116 SGB X auf sie über oder bestehen nach § 110 SGB VII. Die Schadensersatzansprüche sind gegenüber den Schädigern und – falls möglich – gegenüber ihren Haftpflichtversicherern geltend zu machen und durchzusetzen.

- **Beitragsersatz**

Gemäß § 119 SGB X gehen ferner Schadensersatzansprüche von Versicherten wegen schadensbedingter Beitragsausfälle in der Rentenversicherung auf den Rentenversicherungsträger über und sind für Versicherte durchzusetzen. Aufgrund der Durchsetzung dieser Schadensersatzansprüche werden entsprechende Ausfälle von Pflichtbeiträgen im Konto des Versicherten ausgeglichen.

Die Einnahmen aus Regress betragen im Berichtsjahr 6,57 Mio EUR.



## VI. Ausblick

Bereits jetzt ist absehbar, dass der Informations- und Beratungsbedarf unserer Versicherten, Rentnerinnen und Rentner in Bezug auf ihre Ansprüche aus der gesetzlichen Rentenversicherung und insbesondere über die Möglichkeiten der zusätzlichen staatlich geförderten Altersvorsorge weiterhin hoch bleibt.

Mit der Umsetzung der beschlossenen Neukonzeption der Auskunft und Beratung und dem Auf- und Ausbau des Firmenservice als ein an die Arbeitgeber gerichtetes Beratungsangebot stellt die Deutsche Rentenversicherung Berlin-Brandenburg auch in Zukunft auf diesem Gebiet eine hohe Kunden- und Serviceorientierung sicher.

Durch die kontinuierliche Weiterentwicklung des technischen Arbeitsumfeldes gewährleisten wir eine effektive Erfüllung der Aufgaben und einen kostenbewussten Einsatz der uns zur Verfügung stehenden Ressourcen, wie dies einen modernen Verwaltungsträger kennzeichnet.